

Breslauer Zeitung.

Biwetjahriger Abonnementenpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Infektionsgebühr für den Raum einer
fürtheiligen Zelle in Beitragschrift 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Erschüttert: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 201. Morgen-Ausgabe.

Berlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 2. Mai 1861.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 1. Mai. Der Kaiser sagt in seiner heut gehaltenen Thronrede: Indem er an der Überzeugung festhalte, daß freie Institutionen, sowie die Gleichberechtigung aller Nationen für die Gesamtmonarchie heilsam seien, vertraue er, daß die Vertretung Ungarns und der Nebenländer im Reichsrath bald eine günstige Lösung erlangen werde. Europa fühle das Friedensbedürfnis, welches den Mächten die Pflicht auferlege, dieses kostbare Gut keiner Gefahr auszusetzen. Österreich erkennt die Solidarität dieser Pflicht an, überzeugt, daß dieselbe auch von andern Mächten anerkannt werde. Die nächstliegenden Arbeiten zur Begründung einer neuen Wohlfahrts-Epoche sind: Gleichgewichtshaltung des Staatshaushalts durch Verminderung des Heeresaufwandes, Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Nationalbank und Modifikationen in der Besteuerung. Der Kaiser betont schließlich, die Gesamtverfassung vom 26. Febr. d. J. als Fundament eines einigen und untheilbaren Kaiserreichs zu schützen und jeden Angriff auf dieselbe nachdrücklich zurückzuweisen. — Der Hofkanzler Bay war unter den Ministern.

Venedig, 29. April. Die heutige amtliche Zeitung berichtet über die Sitzung der Central-Congregation: Da nur von 420 Gemeinden unter 844 regelmäßige Wahlen vorliegen; da ferner die Beschlüsse der Provinzial-Congregationen sehr verschieden lauten; da endlich aus dem Abstimmungs-Resultate der wahre Willen des Landes sich nicht erkennen läßt, sowie auch wegen Mangel eines besonderen Wahlgesetzes, beschloß die Central-Congregation, keine Ernennungen vorzunehmen.

In Folge dessen verfügte das Staatsministerium, die Statthalterei habe in öffentlicher Sitzung die Prüfung der Wahlakten der Gemeinden vorzunehmen und jedem, der bei diesen Wahlen die absolute oder die relative Stimmenmehrheit erhielt, ein Wahlcertificat auszustellen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 1. Mai, Nachmittags 2 Uhr. (Angeflossen 3 Uhr 55 Min.) Staatschuldsscheine 87%. Prämienanleihe 119%. Neueste Anleihe 106%. Schles. Bank-Verein 78%. Oberschlesische Litt. A. 118. Oberschles. Litt. B. 107%. Freiburger 97. Wilhelmsbahnen 33%. Neisse-Brieger 50. Tarnowitzer 32%. Wien 2 Monate 67%. Destr. Credit-Aktien 55% B. Destr. National-Anleihe 51%. Destr. Lotterie-Anleihe 55%. Destr. Staats-Eisenbahn-Aktien 126. Destr. Banknoten 68. Darmstadt 72%. Commandit-Antheile 82. Köln-Minden 145%. Rheinische Aktien 80. Dessauer Bankaktien 13. Mecklenburger 46%. Friedrich-Wilhelms-Hochbahn 44% B. — Mitter.

Berlin, 1. Mai. Roggen: schwankend. Mai-Juni 46%, Juni-Juli 46%, Juli-August 47., October 48. — Spiritus: unverändert. Mai-Juni 19 $\frac{1}{2}$ %, Juni-Juli 20, Juli-August 20%, Sept.-October 19%. — Rübbel: mitter. Mai 11%, Sept.-October 11%.

Der Kampf gegen die Eisenbahnen.

Meinungsverschiedenheit focht man in mittelalterlicher Zeit nicht selten in öffentlichen Disputationen aus; gegenwärtig tritt an Stelle dieser Kampfweise die Form von Druckschriften, und seitdem der Staatskünstler an der Seine uns ein Verständniß für den logischen Zusammenhang der Schiebaumwolle mit dem aus homogenem Stoffe dargestellten Papier belbracht, erscheint die Wichtigkeit des Broschürenwechsels zwischen Angreifer und Vertheidiger eine weiter reichende. Eisenkliren und Waffenrassen vermutet man heute hinter der schwarzen Schrift.

Auch die uns vorliegende Druckschrift:

„Der Kampf gegen die Eisenbahnen, mit besonderer Rücksicht auf die Differential-Tarife, von Dr. iur. D. Honigmann.“ ist nicht ohne starke Eisenbeigefüll, aber es ist das Eisen des Friesdens, daß, friedlicher noch als die Pfugshar, mit ehrner Bebarriktheit die Civilisation des Jahrhunderts beschleunigt und mit eisernen Armen Handel und Industrie groß zieht und kräftigt. Undantbar empören sich Handel und Industrie, misverstehend das feste Familienband, gegen diese ehernen Bande und sprechen von Ketten und vom tödlichen Drucke des sie in eiserner Umarmung umschlingenden Nezes.

Der Herr Verfasser — den wir ungern unter der Zahl der Direktionsmitglieder unserer schlesischen Bahnen vermissen — vertheidigt mit ihm auszeichnenden Gewandtheit und Geistesstärke die wohl erworbenen Rechte zumal der Privat-Eisenbahnen gegen die seit Jahr und Tag verübten — oft völlig ungerechtfertigten — Angriffe und beleuchtet in kritischer Weise die ebenso unbegründeten als inkonsequenteren Anforderungen, die vornehmlich in letzter Zeit an die Privat-Eisenbahnen gestellt wurden und eigentlich in die Spize auslaufen: „daß sich die Eisenbahnen wohl auch mit einer niedrigeren Rente, als der gegenwärtigen, begnügen und zu billigeren, nach dem Belieben des Publikums normirten, Frachttarifen befördern müßten.“

Der Verfasser erörtert besonders die vielfach angefochtene Differential-Tarifirung, eine der wichtigsten und eingreifendsten Streitfragen, die gegen die Eisenbahnen und namentlich gegen die Oberschlesische Bahn in letzter Zeit anhängig gemacht, und als eine „ungeeignete“, „ungegerechte“ und „unwirtschaftliche“ Maßregel bezeichnet worden ist.

Das Irrthümliche und Unzutreffende dieser Intrikationen wird in der Broschüre dargethan und nicht durch leere Worte und Verneinungen, sondern durch Beweise, Zahlenangaben und Kalkül widerlegt. Nicht zum Überfluße wird diesen Gegnern in Grinnerung gebracht, daß die Oberschlesische Bahn ein Privat-Unternehmen ist, gegründet von einer Gesellschaft von Kapitalisten, zuerst sogar ohne jede positive Beihilfe des Staats, zwar in der Überzeugung, durch diese Eisenbahn ein recht gemeinnütziges, für den industriellen Fortschritt und den Wohlstand der Provinz wie des weiteren Vaterlandes recht ersprüchliches Werk zu errichten, aber nicht ohne die Hoffnung auf einen rechtmäßigen Gewinn und auf einen lohnenden Ertrag für die gegenwärtigen und künftigen Theilhaber an dem Unternehmen.

Des Weiteren kann hier auf den Inhalt der sehr interessanten Schrift nicht eingegangen, sondern nur dringend empfohlen werden, daß sich mit letzterer ein möglichst großer Kreis, namentlich des Handels- und Gewerbestandes, behufs Klärung und Berichtigung viel verbreiterter Irrthümer vertraut mache. Nur bedarf es, im Hinblick auf unseren in Nr. 175 und 177 dieser Zeitung bezüglich des Eisenbahn-Monopols dargelegten Standpunkt, hier der einen Bemerkung, daß jede Eisenbahn-Unternehmung allerdings einen monopolistischen Charakter trägt und daß diese Wahrheit kein juristischer Beweis zu schwächen im Stande ist, da die tatsächlichen Verhältnisse und die Volkswirtschaftslehre hierüber einen Zweifel gar nicht obwalten lassen.

Doch aber Niemand in der Ausbeutung des ihm berechtigtermaßen

zustehenden Monopols nach dem Rechtsbegriff verkürzt werden dürfe, ist ebenso zweifellos. Es wird daher kaum einen anderen Ausweg geben, um die allerdings monopolistischen Seiten des Eisenbahnwesens für die Allgemeinheit unschädlich zu machen, als die Privatbahnen als Eigentum des Staates zu erwerben.

Preußen.

Berlin, 29. April. [Zur Bundeskriegsverfassung.]

— Der Niegolewskische Antrag. — Verbleiben des Finanzministers.] Die den deutschen Großmächten überreichte Konvention der Mittelstaaten in Betref der Bundeskriegsverfassung war bisher von Seiten des Berliner Kabinetts ohne Antwort geblieben. Es war natürlich, daß Preußen seinen definitiven Bescheid zurückhielt, so lange die mit Österreich eingeleitete Unterhandlungen schwieben, bei denen das würzburger Elaborat als „schätzbares Material“ benutzt werden konnte. Da jetzt die kommissarischen Berathungen über die Militärfrage ohne Ergebnis abgebrochen sind, so hat unsere Regierung sich beeilt, ihre Schuld abzutragen. Die betreffende Rückäußerung Preußens ist in diesen Tagen an ihre Bestimmung abgegangen. So viel ich über den Inhalt der Depesche erfahre, soll dieselbe, mit dem Ausdruck des Bedauerns über die vergeblich unternommenen Verständigungs-Versuche, auf die Anstrengungen hinweisen, welche Preußen seinerseits gemacht hat, um die Wehrkraft Deutschlands zu erhöhen, und das Concluim in ruhigen, aber bestimmten Ausdrücken das Verharren bei den Berliner Vorschlägen für die Reform der Bundeskriegsverfassung aussprechen. — Das summarische Verfahren, durch welches die Mehrheit des Abgeordneten-Hauses den Niegolewskischen Antrag zu den Todten warf, hat bekanntlich mannigfachen Widerpruch hervorgerufen, und zwar auch von Seiten Vieler, die in der Sache selbst der polnischen Agitation mit Nachdruck entgegentreten wären. Zur Erläuterung des Sachverhaltes will ich nur bemerken, daß die Mehrheit des Hauses vielleicht eine mildere Praxis geübt hätte, wenn man nicht in der vollen Gewißheit darüber gewesen wäre, daß die Polen ein Spektakelstück auf der Tribüne beabsichtigen, welches allerdings im Innlande keine andere Wirkung gehabt haben würde, als die Misstimming gegen die vom Zaune gebrochene Agitation noch zu erhöhen, welches aber auf den Widerhall im Auslande berechnet war.

Unsere polnischen Deputirten geben sich nämlich ganz anstandlos als die „Bewollmächtigten der polnischen Nation“ und halten es für eine wesentliche Aufgabe ihres Berufes, die Sache Polens „dem Westen in Erinnerung zu bringen.“ Natürlich hätte die parlamentarische Debatte eine erwünschte Gelegenheit geboten, um alle Scheingründe und Drugslüsse der Polen, als einen von offener Tribüne verkündigten Anklage-Alt, einseitig in die französischen und englischen Blätter zu bringen. Dieses Manöver ist nun glücklich vereitelt worden — Eine französische Correspondenz läßt wieder einmal das Gerücht von dem Rücktritt des Finanzministers von Patow auf. Dasselbe wird von unterrichteter Seite in Abrede gestellt. Kaum bedarf es der Widerlegung, da gerade jetzt Hr. v. Patow berufen ist, sein finanzielles Programm vor dem Herrenhause und vor dem Abgeordneten-Hause zu vertreten. Kein ehrenhafter Feldherr legt seinen Kommando-Stab unmittelbar vor der Schlacht nieder.

Berlin, 29. April. [Die Grundsteuer im Herrenhause. — Österreich und Süddeutschland. — Volkswirtschaftlicher Congress. — Petition.] Nachrichten, die wir noch gestern aus den Kreisen des Herrenhauses eingezogen haben, lassen es also fast unzweifelhaft erscheinen, daß die Grundsteuer im Herrenhause die Mehrheit erlangen wird. Dafür wird sich das Herrenhaus durch Verwendung aller liberalen Regierungsvorlagen entschädigen. Man erwartet dort namentlich die Verwerfung des Beamtenverantwortlichkeitsgesetzes, namentlich um deshalb, weil das Militär-Justiz-Departement als Kompetenz-Conflicthof in Militärsachen bestätigt worden. Auch ist die Halbung der Fraktion Blankenburg für solche Dinge ein guter Barometer. Sie hat bekanntlich gegen das Gesetz gestimmt. — Heute ist die Monatsszeitung „Berlin“ confisziert worden. Das Blatt genießt des Tons wegen, der in demselben herrscht, keine große Achtung. Doch ist seit den wiederholten Confiscationen die Abonnentenzahl gestiegen. — Nachrichten, die aus Wien hier eintreffen, sprechen von der Hoffnung der österreichischen Regierung, die liberale Partei Süddeutschlands, welche Preußen, in Folge der jüngsten inneren Vorgänge, aufzugeben geneigt sein dürfte, zu sich hinüberzugießen. Es fragt sich, wie lange unser Ministerium geneigt ist, in bisheriger Weise seinen eigenen Einfluß im übrigen Deutschland zu schwächen. — Am Sonnabend tagte hier der ständige Ausschuß des volkswirtschaftlichen Congresses. Derselbe hat beschlossen, den nächsten Congress in Stuttgart vom 9. bis 12. September abzuhalten. Am Abend erschien der Ausschuß in der hiesigen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, in welcher eine lebhafte Debatte über die wirtschaftliche Gestaltung der Landesverteidigung stattfand. Der Vorschlag des Herrn Prince Szixth, Preise für die beste Schrift über die wirtschaftlich vortheilhafteste Art der Landesverteidigung auszuschreiben, und dieses Preisauschreiben auch in französischer und englischer Sprache bekannt zu machen, wurde, als zu allgemein, verworfen. Von den anwesenden Abgeordneten betheiligt sich die H. Behrendt und Harkort an der Debatte. Der Erstere hob namentlich hervor, daß es wirtschaftlich wohl in der Ordnung sei, durch Förderung der maritimen Streitkräfte unserer Küsten und dadurch unseren Handel zu schützen. Herr Harkort sprach warm für unser Lanwehrsystem und fand an Herrn Biegler — ehemaligem Ober-Bürgermeister von Brandenburg — einen entschiedenen Unterstützer. — Verfasser des Protestes der Junglitthauer gegen das Verfahren des Abgeordnetenhauses in der Polensache ist Herr Schulze (Berlin). Den Abgeordneten ist dieser Lage ein Abdruck der Petition zugegangen, welche Frau Melanie Libri an den französischen Senat gerichtet. Herr Libri, bis 1848 Bibliothekar in Paris, wurde nach der Februarrevolution des Bürgerdiebstahls bestraft, und in einem tumultuarischen Verfahren in contumaciam verurtheilt. Jetzt verlangt seine Gattin Aufhebung des Urtheils. Mitunterzeichnet der Petition sind Guizot, Laboulaye und Mérimée. Die Sache hat auch in sofern für uns Interesse, als Herr Libri Mitglied unserer Akademie, wie aller außerfranzösischen Akademien, trotz jenes Urtheils, geblieben ist.

Berlin, 30. April. [Die Militärcommission. — Erklärung v. Berg's. — Die Confiscationen.] Gestern ist die Militär-Commission mit ihrer Arbeit zu Ende gekommen. Die Minister, namentlich der Finanzminister haben sich vergeblich dagegen erklart, die gemachten Bewilligungen als Extraordinarien zu behandeln.

Streichungen erklärt sie, sich allenfalls gefallen lassen zu wollen, aber die Sache selbst müsse einmal definitiv geordnet werden. Umsonst vertheidigte Herr Beseler die Ansicht des Ministers, er blieb mit seinen Wünschen und Anträgen in der Minderheit. Maßgebend für die Bewilligung ist die 2½ jährige Dienstzeit bei der Infanterie. Gestrichen sind die Trainbataillone und von jeder Schwadron 5 Mann. Im Ganzen sind von der ministeriellen Forderung 1½ Millionen abgezogen worden. Die Anträge der Commission durften schließlich im Abgeordnetenhaus angenommen werden. Gegen die ganze Vorlage werden nur ca. 50 Abgeordnete stimmen. — In dem Bericht der hiesigen Zeitungen über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, ist folgende persönliche Erklärung des Abg. v. Berg ausgelassen worden. Herr v. Prittwitz hatte ihm vorgeworfen: Er leugne das Vorhandensein der Demokratie in Deutschland. Der Abg. für Jülich erklärte: Ich leugne nicht allein nicht das Vorhandensein einer Demokratie in Deutschland, sondern behaupte sogar, daß mein Standpunkt nichts als die Consequenz der demokratischen Bestrebungen ist. Ich wollte nur daran erinnern, die nationale Bewegung nicht mit dem Nationalverein zu verwechseln. — Wie sehr sich die Regierung durch die Beschlagsnahme von Zeitungen zuweilen selbst im Lichten sieht, beweist die gestern confisierte Nummer der Montagszeitung „Berlin.“ Das Publikum vermutet in der qu. Nummer alle möglichen thatfächlichen Enthüllungen. Statt dessen enthielt sie nichts als gewöhnliche Angriffe, welche Jeder, so sehr er auch Gegner der hiesigen Zustände ist, von sich gewiesen haben würde. In Athen wurde der Ostracismus abgeschafft, weil er zuletzt zu unbedeutende Subjekte traf. In Preßlach, wo ein öffentliches Interesse im Spiel ist, erhebt die dasselbe viel häufiger Ignoriren, als Verfolgen von Überschreitungen.

** **Berlin, 30. April.** [Die Polizei-Angelegenheit.] Das berner General-Direktorium. — Der die Polizeiangelegenheit betrachtende Artikel der „Preuß. Ztg.“ hat einen sehr ungünstigen Eindruck nach verschiedenen Seiten hin gemacht. Zur Sache selbst ist zu melden, daß der Magistrat den Bechlüssen der Stadtverordneten-Versammlung beigestimmt hat insoweit, als er beim Minister des Innern eine gerichtliche Untersuchung über die ganze Angelegenheit beantragt, dagegen hält er die Untersuchungsergebnisse der gemischten Deputation für nicht dazu angehan, dem Minister sofort bestimmte Personen (Fr. von Zedlitz und Patke) zu bezeichnen, gegen welche die Untersuchung eingeleitet werden soll. In dem Anschreiben an den Minister, deutet der Magistrat an, daß er eine Regelung der Angelegenheit sehrlich wünsche, und daß, wenn der Minister sich nicht veranlaßt sehen sollte, den Anträgen der Kommunalbehörden stattzugeben, der Magistrat selbstständig bei der Staatsanwaltschaft die Denunziation einreichen, und die Angelegenheit gerichtlich anhängig machen werde. — Das neu erwähnte blödsinnige „Manifest an die deutsche Nation“, welches aus Bern nach Dresden geschickt war, und welches das offizielle „Dr. Journal“ sich beeilt, vollständig zu veröffentlichen, ebenfalls in der Absicht und Hoffnung, ihren Lesern einen heiligen Schauder vor den darin offenbarten teuflischen Plänen der Revolution einzufüllen, scheint die österreichische Regierung ein wenig beunruhigt zu haben (gegen das Haus Habsburg führt das Manifest allerdings sehr malitische Pläne im Schilde); wenigstens hat sie dieserhalb an den Bundesrat in Bern eine Anfrage gerichtet. Das Resultat der vom Bundesrat angestellten Recherchen wird jedenfalls dem Hause Habsburg die Überzeugung gewähren, daß das General-Direktorium, von welchem jenes Manifest unterschrieben ist, ihm nicht gefährlich ist. Es ist nämlich ermittelt worden, daß der Verfasser desselben ein in Bern sich aufhaltender Privatlehrer aus Mähren, Namens Reich, ist, der in dem Ruf steht, daß es bei ihm im Kopfe nicht ganz richtig ist, und der ganz allein das „General-Direktorium“ bildet, welches ein so grausenvolles boulevardissement in Europa zu Stande bringen will.

Berlin, 30. April. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König arbeitete heute früh mit dem General-Adjutanten Generalmajor von Mantuelli, nahm dann im Beisein Sr. f. H. des Prinzen August von Württemberg, des Feldmarschalls Fr. von Wrangel und des Commandanten Gen.-Lts. von Alvensleben, die Meldungen des Gen.-Adj. Generals der Kavallerie Grafen von der Großen, des Gen.-Lts. von Kunowski, des Majors von Barnekow, etatsmäßigem Stabsoffizier im litauischen Dragoner-Regiment Nr. 1, des Majors von der Lund, vom brandenburgischen Füsilier-Regiment, des Majors von Barner, vom 1. Garde-Dragon-Regiment, entgegen und empfing die Vorträge des Polizei-Präsidenten Freiherrn von Zedlitz und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. — S. f. H. der Kronprinz, der Prinz Friedrich Karl, der Prinz August von Württemberg begaben sich heute Morgens nach dem Tempelhofer Felde und wohnten dafelbst den Exerzierungen bei, die von mehreren Regimentern ausgeführt wurden. — Ihre f. H. die Prinzessin Alexandrine fuhr heute Mittags zum Besuch S. M. der Königin-Wittwe nach Schloß Sanssouci. — Ihre Durchl. die Frau Herzogin von Sagan machte heute Mittags den Mitgliedern der königlichen Familie ihre Abschiedsbesuche.

** [Zeitungsschau.] Die Polizeiverwaltung und die Confiscationen bleiben noch das Tagesthema. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Welchen Anhalt könnte das deutsche Volk an einem Staat suchen, dessen ganze innere Politik in Criminalprozessen gipfelt, und dessen Tacitus Herr Eichhoff ist? In der That wird der künftige Geschichtsschreiber alle diese todgeborenen Gesetzentwürfe und die Commissionsberichte und Kammerverhandlungen darüber kaum des flüchtigsten Blickes würdigen; er wird sie dem Staube und Mader überlassen, dem sie schon bei dem ersten Entwurf verfallen waren, da sie nur als Schachtpfeiler für das Herrenhaus angefertigt wurden. In dieser weiten trostlosen Dasein wird ihm nirgends ein einigermaßen bestimmter Wille der Regierung begegnen, außer da, wo es sich um mehr Steuern handelt. Die einzige Erreichung von wirklichem Interesse ist der Kampf gegen eine Bürokratie, die sich während einer langen Reaktionsszeit zum Werkzeug des herrschenden Junkerthums hat herabdrücken lassen, und in welcher sich die Gewohnheiten der Willkür und Corruption dermaßen eingesetzt haben, daß sie den schrecklichen Thaten gegenüber den überlieferten Aploben bewahrt und die Farbe nicht wechselt. Die neueste Geschichte unseres Staates ist aufzufinden in den Eichhoffischen Broschüren, in dem Schwarzschen Plaiboyer, in den Stieberschen Enthüllungen, in denjenigen Theile der Abrechendebatte, welcher die Beamtenfrage betrifft, in den Fragen des Berliner Magistrats an den Herrn Minister des Innern und dessen interessanten Antworten vom 24. Januar und 1. Februar d. J., endlich in dem letzten Bericht der städtischen Deputation und den wunderbaren von dem Grafen Schwerin inspirirten Artikeln, welche die halboffizielle Zeitung dann und wann zur Aufklärung der öffentlichen Meinung enthält, und bei denen diese sich regelmäßig lange die Augen reibt und endlich in Staunen und noch andere hier nicht näher zu bezeichnende Gefühle versetzt wird. Wie kommt der letzte halboffizielle Artikel dazu, der städtischen Deputation leicht in der Aufstellung ihrer „beweislosen Behauptungen“ vorzuwerfen?

Jedermann in der Stadt weiß, daß diese Deputation aus gewissenhaften und umstüchtigen Männern besteht, die nicht das geringste persönliche Interesse an der Sache haben, daß sich preußische Juristen vom ersten Range in ihrer Mitte befinden, die einen bedeutenden Auf einzufügen haben und sich bei der Prüfung des Materials ihrer ganzen Verantwortlichkeit bewußt waren. Man kennt die ganze Schwierigkeit ihrer Aufgabe, und die Sorge fällt und Mühle, die sie daran gesetzt haben. Man weiß, daß der Magistrat mit Herrn Krausnick an der Spitze jedem Conflict mit den höchsten Staatsbehörden aufs Vorsichtigste auszuweichen sucht, so lange es sich irgend mit seinen Pflichten verträgt, und daß er selbst seinen modifizierten Antrag nie gestellt haben würde, ohne seiner Sache völlig gewiß zu sein. Warum nun die ohnehin herrschende Entrüstung vermehren durch eine Insinuation gegen die Zuverlässigkeit des Berichts, die trotz der offiziösen Zuversichtlichkeit keinen einzigen Gläubigen findet?

Der „Magd. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: „Die gestern erfolgte

Beschlagnahme der „Volkszeitung“ wegen angeblicher Beleidigung der hiesigen Staatsanwaltschaft, die heute erfolgte Confiscation der „Nat.-Ztg.“ wegen, weiß der Himmel, welcher „Gräuel“, sind in so fern erfreuliche Handlungen, als sie Zeugnis von der regen Thätigkeit und Umsicht unserer Staatsanwaltschaft ablegen. Also die Staatsanwaltschaft wenigstens liest die „Nat.-Ztg.“ und die „Volkszeitung“, demnach auch die darin abgedruckten Verhandlungen der Stadtverordneten mit Aufmerksamkeit. Das ist ein Trost für alle jenen, welche befürchten, der Graf Schwerin werde den Rath der berliner Stadtverordneten nicht besuchen, die Staatsanwaltschaft auf Hrn. v. Beditz aufmerksam zu machen. Die Staatsanwaltschaft bedarf, als fleißige Leseerin jener Blätter, demnach nicht mehr des Winkes des Ministeriums, und bleiben die beiden beaufsichtigten Beamten unverfolgt, so liegt das Hindernis nicht dort.

Auf der andern Seite haben wir gegen die Beschlagnahmen jener Blätter selbst schwere Bedenken. Sie stehen nicht mit dem Buchstab, aber mit dem Geiste unsres Preßgesetzes im Widerspruch. Nach § 29 derselben sind die Organe der Staatsanwaltschaft berechtigt, aber nicht verpflichtet, Druckschriften mit Beiflag zu belegen. Wenn die berliner Staatsanwaltschaft die Güte haben wollte, sich einmal aus den stenographischen Berichten die Motive ins Gedächtnis zurückzurufen, welche die Gelehrte bei der Berathung des genannten Paragraphen leiteten, so würde sie finden, daß man der Staatsanwaltschaft diese discretionäre Gewalt nur für diejenigen Fälle bewilligen wollte, wo die öffentliche Ruhe und Ordnung durch eine aufrührerische Druckschrift gefährdet werden könnte. Die Praxis hat sich freilich ganz anders gestaltet. Ein großes berliner Blatt mit vielen hundert Annonsen kann confiscat werden, wenn die Staatsanwaltschaft findet, daß es die Beleidigung eines Exekutors in Schloßau enthalte. Nun kann der Staat aber nie gefährdet werden, wenn die Herren v. Beditz und Basse oder die Staatsanwaltschaft zu Berlin in Beziehung auf ihren Beruf beleidigt sind. Auch dürfte es der Presse mehrlich schwer sein, in den berliner Polizeiangelegenheiten noch neue Unzufriedene zu erzeugen; sie kann den lapidaren Fakten nur als Chorus zur Seite stehen. Aber etwas andres ist es, wenn ein Blatt wie die „Nationalzeitung“, namentlich am Sonntage, confiscat wird. Die „Nationalzeitung“ ist bis jetzt nicht in zweiter Auflage erschienen, und wir halten sie auch nicht für verpflichtet, im Falle einer Beschlagnahme ihren Abonnenten und Inserenten weiter gerecht zu werden. Es sind demnach ihre mehr als 8000 Abonnenten, ihre 50.000 Leser, die 3—500 Abonnenten bezahlen, in die Mitteleinheit hinein gezogen. Das macht ein hübsches Publizistisches Unzufriedene. Ob der Artikel, wegen dessen das Blatt confiscat ist, irgend wen alteriert hätte, das ist sehr fraglich. Die „Nat.-Ztg.“ ist im Ganzen sehr vorsichtig. Dass aber 50.000 Menschen, welche die gewohnte Leidenschaft eines Blattes entbehren, ihren Unmut nicht gegen die Redaktion, sondern gegen andre Stellen, oft freilich an die falsche Adresse, richten, das ist sicher.

Im Interesse des öffentlichen Friedens gilt es daher, dieser discretionären Gewalt der Staatsanwaltschaft und Polizeibehörde gegen die Presse Bügel anzulegen. Wäre Herr Mathis Minister des Innern, so wäre das nach den schon früher von ihm gemachten Vorschlägen auch schon längst geschehen. Aber so sieht Herr Graf Schwerin am Ministerialthe, kann nur bei der vorgerückten Session überhaupt nicht mehr auf eine gesetzliche Regelung dieser Materie gehofft werden, so hat es doch der Justizminister in seiner Hand, vorläufig dadurch Abhilfe zu gewähren, daß er die Staatsanwälte anweist, nur im Falle einer wirklichen Bedrohung des öffentlichen Friedens, durch Aufrüttungen zum Aufruhr, zur Empörung und zu andern ungesetzlichen Handlungen, oder in den Fällen, wo die Sitlichkeit durch Druckschriften verletzt wird, eine Beleidigung vorzunehmen.“ — Die „Börs. Ztg.“ bespricht den Artikel der „Preuß. Ztg.“ und sagt am Schlusse: „Was den Schlussatz betrifft, der die Stadtverordneten-Verzählung auf den Civilprozeß verweist, unter Ablehnung jeder Unterstüzung der Staatsanwaltschaft in Betreff der Beweislaßt, — so fordert dies, unserer Meinung nach, die Versammlung auf, von jetzt an endlich ohne jede weitere Rücksicht, für die Interessen der Stadt, für ihr eigenes Recht, wie für ihre auf das Schwerste verlebte Ehre mit allem Mannesmuth einzutreten. Den Feindschaftsbuch, den man ihr hinwirkt, hat sie unserer Ansicht nach aufzunehmen, mit dem Bewußtsein, daß es sich nicht mehr handelt um einen ihrer nahezu unverbündlichen Kampf etwa gegen einen Polizei-Obersten, sondern um grundsätzliche Anschauungen über Beamtenthum, Staatsanwaltschaft und Verwaltungsverfahren, die im Innern eine zerstreuende Kraft ausüben, von der leider die Leiter der Regierung, namentlich der Herr Minister des Innern, der schon vor elf Jahren rief: „Vertrauen Sie Ihren Majestät verantwortlichen Ministern“, keine Anerkennung zu haben scheint, während man im Auslande nahe daran ist, auf Grund der hiesigen Polizeivorgänge Preußen als ein deutsches Neapel darzustellen. Gleichzeitig scheint uns der Artikel der „Preuß. Zeitung“ geeignet, auf Grund derselben, und anknüpfend an die frühere Berührung dieser Angelegenheit, im Abgeordnetenhaus, die Sache dort abermals aufzunehmen. Jedemfalls liegt für dasselbe die Möglichkeit vor, eine Anfrage deswegen an's Ministerium zu richten. Es ist endlich an der Zeit, Fragen wie die hier vorliegenden, zur vollen Entscheidung zu bringen, damit nicht die „Preuß. Ztg.“ als Scheherezade eines schönen Tages in die Lage komme, uns vorzuherrschen, daß morgenländische Mandarinen vor abendländischen Ministern den Vorzug verdienen.“

Königsberg, 26. April. [Die Agitation gegen die „Hartungsche Zeitung“] hat bereits den Erfolg gehabt, daß der Redakteur, Herr Ed. Große, dessen Entfernung von der Zeitung in erster Reihe gefordert war, in der heutigen Nummer der „Hartungsche Zeitung“ die Erklärung erläßt, daß er, seine Verbindung mit Herrn Hartung gelöst habe und in kurzer Zeit die Redaktion dieser Zeitung niederlegen werde.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 29. April. [Die in der letzten Bundestagssitzung abgegebene umfängliche Erklärung des dänischen Bundesgesandten] führt bei der von ihr versuchten längeren Rechtfertigung des dänischen Verfahrens und für ihre konsequent festgehaltene Auffassung im Wesentlichen keine neuen Momente an. In einem Executionsverfahren würde sie bei der gegenwärtigen Sachlage noch immer ein in der Bundesgesetzgebung nicht begründetes, daher außer der Kompetenz der Versammlung liegendes Verfahren erblicken müssen; sie sucht aber daneben, und zwar hauptsächlich den Beweis zu führen, daß durch § 13 und die dazu gegebenen Erklärungen dem Bundesbeschuß materiell genügt sei. Der Bund habe auch nur die Vorlage des königl. Patents von 1859 an die Stände zur Zustimmung verlangt. Die Schuld, daß man zu keiner Verständigung gekommen, wird ausschließlich den Ständen zugeschoben, als welche überdies durch Betreten des politischen Gebiets und Einmischung in die Gesetzgebung der übrigen Monarchie ihre Kompetenz überschritten und dadurch die formelle Nichtannahme ihrer Bedenken veranlaßt hätten. Dänemark sei frei von Verantwortung für die Folgen dieses bedauerlichen Resultats und lehne jede solche Verantwortlichkeit ab. Neue Vorschläge für eine etwaige gütliche Lösung finden sich in der Erklärung nicht formuliert. Noch bemerken wir, daß die Neuuerungen des königl. Commissärs in der Sitzung vom 4. d. Ms. über Beschlüsse nahmen der Regierung für gentse Fälle sich auf eine eventuelle Berufung auf den Bundesbeschuß vom 28. Juni 1832 (Nr. II., Verweisung der zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel durch die Stände ic.) und Art. 25 und 26 der wiener Schlüsse beziehen sollten resp. bezogen.

Hannover, 28. April. [Injurien-Prozesse gegen Geistliche.] In Folge der exclusiven Richtung, die bei unserer Geistlichkeit neuerdings herrschend geworden, haben die Injurien-Prozesse gegen Geist-

liche wegen Ausfällen von der Kanzel in auffallender Weise zugenommen. Dem Cultusminister ist begreiflicherweise diese Sache fatal gewesen, und auf seine Verwendung hat daher kürzlich der Justizminister ein Ausschreiben erlassen, um solchen Prozeßverhandlungen thunlichst vorzubeugen. Den Vertretern der Kronanwaltschaft bei den Polizeigerichten wird darin aufgegeben, in Fällen, wo Geistliche wegen Injurien denuncirt werden, vor Erhebung der Klage jedesmal die Genehmigung der vorgesetzten Kronanwaltschaft einzuholen. Für den Fall einer Civilklage aber gegen Geistliche wegen Injurien, ist den Amtsgerichten anheimgegeben, den Termin zur öffentlichen Verhandlung über die Sache auf mindestens vier Wochen hinauszuziehen. Diese letztere Maßregel ist natürlich darauf berechnet, in der Zwischenzeit die Sache friedlich zu schließen.

Braunschweig, 27. April. [Zur Thronfolge.] Wie der „Zeit“ geschrieben wird, hat der Landtag in einer seiner letzten Sitzungen einen Antrag (über die Thronfolge) an die Regierung gerichtet, der zwar, aus Rücksicht auf die persönlichen Gefühle des Landesherrn, in geheimer Sitzung verhandelt worden sei; aber, so viel habe verlauten können, dahin gehe, daß die Regierung gemeinschaftlich mit dem Ausschuß der Versammlung eine genaue Prüfung der einschlagenden Fragen und des hinsichtlich derselben vorhandenen Materials vornehmen möge.

Österreich.

Wien, 29. April. [Der Streit in Dalmatien.] Ein Schauspiel wunderlicher Art bildet der Streit, der sich in jüngster Zeit zwischen Kroatiens und Dalmatien einerseits, zwischen Kroatiens und Ungarn andererseits und schließlich auch zwischen Kroatiens und der österreichischen Regierung (wegen der Eingrreibung der Militärgrenze) erhebt. Der Streit mit Dalmatien hat sogar eine etwas komische Wendung genommen. Bekanntlich hat die Majorität des dalmatinischen Landtages die Annexion an Kroatiens zurückgewiesen und die Beschickung von Abgeordneten nach Agram zu dem kroatischen Landtage abgelehnt. 29 unter 42 dalmatinischen Landtagsdeputirten, darunter (mit 3 Ausnahmen) alle die Abgeordneten der zwei größten Kreise Zara und Spalato, deren Bevölkerung fünf Sechstel der ganzen Landesbevölkerung bildet, erklärt sich gegen die Annexion.

Während nun der kroatische Landtag die Wahlen für den österreichischen Reichsrath vorzunehmen sich weigert, hat der dalmatinische Landtag die auf ihn fallende Zahl von Reichsräthen gewählt und nach Wien gesendet. Nur die dreizehn für die Annexion an Kroatiens bestimmten dalmatinischen Landtagsabgeordneten haben gegen diese Wahlen Verwahrung eingelegt. Aber diese Verwahrung schien so wie in Böhmen blos formeller Natur zu sein, denn nachdem der Protest depositum war, bekehrten sich auch die genannten dreizehn an den Reichsrathswahlen. Die Angelegenheit schien ruhig und verhöhlich abzulaufen. Dem ist jedoch nicht so, wie ein Brief, den wir heute aus Zara erhalten, uns meldet. Wir geben die interessante Meldung wörtlich:

Zara, 27. April. ... Nachdem unser Landtag in den letzten Tagen einem ruhigen Abschluß entgegengestellt, traf eine telegraphische Ordre aus Agram an die Annexionsisten ein, und ohne Meldung, ohne Urlaub vom Präsidium zu begehren, verlassen in der Nacht des 24. d. M. zehn annexionistische Landtagsdeputirte Zara und begeben sich nach Graz, um dort der vom Bischof Strohmaier veranlaßten Deputation aus Agram sich anzuschließen und in Wien die Annexion durchzuführen. Auf diese Kunde hin beschlossen die 29 Anti-Annexionisten ein Dampfschiff zu mieten und sich der an Se. Majestät zur Überbringung der Adressen abgeschickten, vom Landtagspräsidenten Dr. Petrich vorzuführenden Deputation anzuschließen und den festen Willen des Landes auszudrücken, auf eine Vereinigung mit Kroatiens dermaßen nicht einzugehen. Die Deputirten werden am Montag in Wien eintreffen.“

Wir werden also das Schauspiel hier in Wien genießen, daß zweierlei Deputationen eines und desselben Landtages hier erscheinen, von dem die Majorität mit Österreich in direktem Zusammenhange bleiben und im österreichischen Reichsrath vertreten sein will, während die Minorität die Annexion an Kroatiens sollzitirt, welches bekanntlich den Reichsrath verschmäht! Mit anderen Worten, der durchgegangenen Minorität wird von der verlassenen anti-kroatischen Majorität nachgezeigt, um sie in der Antichambre des Kaisers und des Staatsministeriums einzuhören, bevor sie irgend eine Zusage erhalten hat. Man wird gestehen, es gibt wenig Staaten in Europa, wo solche Kuriositäten an der Tagesordnung sind, wie wir sie in den verschiedensten Formen in Österreich fast täglich neu auftauchen sehen! (Ostd. P.)

Wien, 30. April. Von Seite des Staatsministeriums wurden die Ministerialräthe v. Wiedenfeld, Löhr und Herr Mäzinger nach Paris entsendet und befinden sich in diesem Augenblick bereits in der französischen Hauptstadt. Dem Erstern wurde die Aufgabe zugewiesen, die pariser polizeilichen Einrichtungen und Maßregeln in Bezug auf das Prostitutionswesen und gewisse vom sanitätlichen Standpunkte nothwendige Maßnahmen, so auch die Anstandsorte und deren Details kennenzulernen, so wie ferner dem Omnibuswesen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden; der Zweite ist beauftragt, die Art und Weise, wie in Paris bei der Anlage von neuen Boulevards, bei dem Durchbrechen neuer Straßen, der Anlegung neuer Kanäle und bei andern für Wien in Bezug auf die jetzige Stadterweiterung wichtigen Fragen vorgegangen wird, zur Kenntnis zu nehmen, und Herr Mäzinger soll sich mit gemischt, administrativ-finanziellen Fragen beschäftigen, namentlich darüber, wie in Paris bei Expropriationen, Verkauf von Bauplätzen u. s. w. vorgegangen wird.

Wien, 30. April. [Erzherzog Mar.] — Graf Gleissbach. Man erfährt jetzt einiges Nähere über die Gründe, welche den Erzherzog Mar bestimmt haben, das ihm zugesetzte Präsidium im Herrenhause entschieden zurückzuweisen. Derselbe war anfangs zur Berathung der Liste der Mitglieder jener Kammer beigezogen worden und hatte seiner etwas liberaleren Anschauung der Dinge gemäß eine bedeutende Vermehrung der lebenslänglichen (nicht erblichen) Mitglieder der Paarikammer verlangt. Von Seite des Ministeriums hatte man dagegen natürlich nichts einzubinden; in den in letzter Instanz maßgebenden Hofkreisen aber ließ man von der langen Liste, welche der Bruder des Kaisers in Vorschlag gebracht hatte, nur eine Reihe hoher Militärs gelten und selbst unter diesen wurden einige gestrichen, unter andern der ehrliche alte Haudegen General Graf Schlick, weil derselbe früher einmal eine ziemlich ernsthafte Differenz mit dem Grafen Grünne gehabt hatte. Die bürgerlichen Candidaten der erblichen Reichsraths würde und die meisten etwas liberalen Cavaliere, welche in Vorschlag gebracht worden waren, wurden gestrichen. Infolge dessen weigerte sich Erzherzog Mar, die Leitung des Herrenhauses zu übernehmen.

Graf Gleissbach hat ebenfalls die ihm angetragene Präsidentenwürde in der zweiten Kammer nicht angenommen, weil, wie es heißt, die octroyierte Geschäftsförderung seinen Ansichten nicht entsprach. Das Gerücht, daß eine der Vicepräsidentenstellen dem lebemger Abgeordneten Doktor Smolka, dem ehemaligen Präsidenten des Reichstages von 1848—1849, zugesetzt gewesen sei, war unbegründet. Smolka gehört einer Partei an, welche zum Ministerium und zur Verfassung vom 26. Februar in nichts weniger als freundlichen Beziehungen steht und die höchst wahrscheinlich die eigentliche äußerste Linke der Kammer bildet.

Die Ernennung des Doktor Hein hat einen ganz ungewöhnlich-

ungünstigen Eindruck auf die Bevölkerung der Hauptstadt gemacht, und der Unmut, der über diese Ernennung laut wird, ist beinahe so excessiv, wie jener vor vierzehn Tagen über Berger, nur die Rücksicht auf den Reichsrath als solchen verhindert drastischere Demonstrationen gegen den mißliebigen Führer der Minoritätsmänner vom letzten Sommer. — Die liberale Fraktion der grands seigneurs des Herrenhauses hielt gestern Abend bereits eine Conferenz und soll ziemlich erträgliche Prinzipien adoptirt haben. Großen Beifall soll der Satz eines Sprechers, „wir Österreicher haben durch Förderung des zeitgemäßen Fortschrittes zu zeigen, daß wir das Zeug für eine Parie haben“ (nämlich zum Unterschiede von Preußen), gefunden haben.

[Aus dem Reichsrath.] Die „Ostd. Post“ meldet: „Die Ernennung des Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses des Reichsrates fand erst in den Nachmittagsstunden des Sonntags (28. d.) statt. Erzherzog Albrecht war bereits durch ein kaiserliches Handschreiben zum Vorsitzenden ernannt, bat aber dringend, eine „Sache, die er nicht gelernt hat“ und für die er sich zu schwach fühlte, ihm zu erlassen. In Folge dessen wurde Fürst Karl Auersperg ernannt. Im Abgeordnetenhaus waren zuerst Dr. v. Mühlfeld und Graf Albert Nostiz im Vorschlag. Letzterer bat dringend, mit Hinweisung auf seine Gesundheit, ihn unverzüglich zu lassen. Dr. v. Mühlfeld aber, der seinen Fähigkeiten nach allerdings ein geeigneter Präsident wäre, ist leider so kurzfristig, daß er ohne Hilfe des Secretariats nicht fungiren könnte. So wurde schließlich Dr. Hein gleichzeitig mit Fürst Auersperg zum Präsidenten empfohlen.“

= Pesth, 29. April. [L. Paloczy +.] — Das Unterhaus. Heute, also gerade an dem Tage, an welchem der Reichsrath in Wien eröffnet wird, haben die Mitglieder des ungarischen Parlaments den verstorbenen Alterspräsidenten des Unterhauses, Ladislaus Paloczy, die lezte Ehre erwiesen. Das Leichenbegängniß, welches auf Kosten der Nation veranstaltet wurde, war imposant und prächtig. In der schwarz ausgeschlagenen Vorhalle des Museums war ein großartiges Castrum errichtet, und auf dem Trauergestein lagen die irdischen Überreste des 78-jährigen Greises, von 10 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Mittags der allgemeinen Besichtigung ausgestellt. Studirende mit gesäumtem Säbel und Municipalsoldaten hielten an der Bahre die Ehrenwache. Um 1/2 Uhr erschienen die Mitglieder des Repräsentantenhauses, geführt von dem Präsidenten, und empfingen die später eintreffenden Deputationen des Oberhauses, der Institute, Jurisdicitionen und Vereine. Genau um 3 Uhr nahm der Trauergottesdienst seinen Anfang, welcher, nachdem Präsident Györy einige Worte gesprochen, von dem reformirten Superintendenten vollzogen wurde. Dann setzte sich der Zug in Bewegung, an dessen Spitze der Vicepräsident und der Quästor des Hauses eiherschritten, und dem sich zahllose Volksmassen anschlossen. Nachdem auch der Gottesdienst in der reformirten Kirche vollzogen war, wurde der Leichnam nach dem Bahnhof geleitet, von wo er nach Mistolczi geführt wird, um in der dortigen Familiengruft beigesetzt zu werden.

Durch den Tod Paloczy's, und die in Folge dessen eingetretene tägige Vertagung des Unterhauses ist die Adressdebatte, in der sich die Parteien zum erstenmale messen sollen, wieder hinausgeschoben. Wie die Sachen jetzt liegen, dürfen der große parlamentarische Kampf, welchem die ganze Nation mit großer Spannung entgegenseht, diesen Sonnabend, oder vielleicht erst nächsten Montag vor sich gehen. Das Haus wird nämlich Dienstag wieder eröffnet, und da noch 14 Deputirte zu verificieren sind, so dürfen die Verificationsarbeiten, nach dem bisherigen Gange derselben, Donnerstag geschlossen werden. Freitag findet dann die Debatte über das Budget des Hauses statt, und dieselbe darf sich, da sie etwas langwieriger Natur zu werden verpricht, bis Sonnabend hinziehen, so daß Montag allem Anschein nach die Adressdebatte ihren Anfang nimmt; darüber, ob die Adresse oder die Resolution durchgehen wird, sind die Ansichten noch immer geteilt. Ein Umstand, der schwer in's Gewicht fällt, ist der, daß Deak seine ganze Beredthamkeit aufbietet wird, um der Adresse zum Siege zu verhelfen. Die Partei der Resolution hat ihm keine ebenbürtigen Redner entgegenzustellen, und hätten die parlamentarischen Waffen allein zu entscheiden, so könnte man über den Ausgang nicht im Zweifel sein; es scheint jedoch, daß ein immerhin bedeutender Theil der Deputirten sich der Einwirkung einer überzeugenden Diskussion dadurch entzogen, indem sie mit Handschlag gelobten, für die Resolution zu stimmen. Trotzdem aber glaube ich, daß sich eine kleine Majorität für die Adresse erklären wird. Sie wissen, daß man hier bisher die Worte vernehmen half hinauszuschieben sucht, weil man früher die Worte verneinte wollte, mit welchen der Kaiser den Reichsrath eröffnen wird. Ein bekannter Staatsmann erzählte mir nun neulich, daß die Ungarn vergeblich auf eine Thronrede warten, da der Reichsrath ohne eine solche eröffnet werden wird. Ich gab der Sache Ansangs keinem Glauben, aber jetzt wird es in dem durch die „Wien. Z.“ veröffentlichten Programm bestätigt, daß die Eröffnung des ersten Reichsparlamentes ohne Abhaltung einer Thronrede vor sich gehen wird. Als Ursache dieser eigentlichen Erscheinung werden die noch immer nicht festgestellten Ansichten in Bezug auf Ungarn angegeben. Es ist dies ein um so bemerkenswerthes Spiel des Zufalles, als gerade Ungarn die Verlassung geboten hatte, daß die im vergangenen Jahre erfolgte Eröffnung des „verstärkten Reichsrathes“ gegen das Ansangs vereinbarte Programm mittels einer Thronrede geschah. Damals erbot sich nämlich Graf Apponyi, von dem präsidenten Erzherzog die Erlaubnis, vor dem Beginne der Berathungen im Namen Ungarns einige Worte sprechen zu dürfen. Diese Rede, in welcher der Graf den Standpunkt seiner Landsleute entwickelte, machte auf die centralistische Majorität des Ministeriums einen solchen Eindruck, daß der damalige Polizeiminister Thierry noch in der Nacht eine für den Kaiser bestimmte Rede redigierte, in welcher die Reichseinheit betont ward, und so kam es, daß die Mitglieder des verstärkten Reichsrathes, die sich am nächsten Tage in corpore zum Kaiserlichen Empfang begaben, von einer Thronrede in optima forma überrascht wurden.

Italien.

Turin, 26. April. Der Garibaldische Gesetzesvorstellung zielt hauptsächlich darauf ab, jeden Staatsbürger mit einem Gewehr zu versetzen und einzuführen. Viele der anwesenden 150 Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben bei der Berathung der Majorität ihre Furcht vor dieser allgemeinen Bewaffnung nicht verheilt, und die Diskussion war eine ziemlich lebhafte. Es wurde im Einverständnisse mit dem Grafen Cavour vorläufig beschlossen, daß von 21—35 Jahren jeder Staatsbürger, der eine gewisse Steuer bezahlt, und gegen den kein gesetzlicher Einwand besteht, in die Listen der Nationalgarden eingeschrieben werden soll. Die Staatsbürger von 18—21 Jahren können auf ihr Verlangen eingeschrieben werden, ohne daß irgend eine Steuerbedingung in Anbetracht käme. — Pepoli hatte sich durch einen Ausdruck Garibaldis verlegt gefühlt, und Garibaldi durch Machi um eine Erklärung ersucht; dieser gab ihm folgende Antwort:

Lieber Pepoli! Ins Parlament gekommen, um, wie es meine Pflicht war, die Sache meiner tapferen Waffenbrüder zu vertheidigen, und um auf die nur zu nothwendige Bewaffnung der Nation zu dringen, habe ich zu diesem Behufe eine Tagesordnung vorgeschlagen.

In der Vorigen haben mehrere meiner Freunde aus den verschiedenen Fraktionen des Parlaments mich im Namen der so sehr geprägten Eintracht und der Versöhnung gebeten, sie umzugestalten; ich habe mich gefügt und so viele Veränderungen vorgenommen, daß meine ursprüngliche Tagesordnung in der That gar keine Bedeutung mehr hatte. Erst als ich erfuhr, daß trotz meiner Opfer das Ministerium dieser letzten Tagesordnung seinen Beitritt verweigerte, habe ich erklärt, nicht stimmen zu wollen. Man kann mich daher nicht anklagen, ich habe so gehandelt, weil ich unverschämlich sei oder nicht genug Achtung vor dem Gesetz hege.

Ich, der ich in Sicilien und Neapel das Statut proklamirt habe, kam von Niemandem angeklagt werden, dessen Beobachtung zu verabsäumen.

G. Garibaldi.

Neapel, 21. April. [Der Aufstand in der Basilica] welcher so bedeutende Dimensionen angenommen hat, daß seine baldige Unterdrückung zur Lebensfrage für die Sardinier in Neapel wurde, erregt hier das allgemeinste Interesse, und man verfolgt mit großer Aufmerksamkeit die leider nur sehr mangelhaften und unsicheren Nachrichten, welche über denselben eintreffen. Es waren fünf Bataillone mit einigen Geschützen und außerdem die Nationalgarde jener Provinz gegen die Königlichen abgeschickt worden, welche man, wie es scheint, glaubte mit dieser Macht einschließen und fangen zu können. Da das ganze Land in einem weiten Umkreis von Messi, dem Hauptquartier des Aufständischen, von diesen besetzt war, so stießen die sardinischen Columnen sehr bald an verschiedene Punkten auf einen kräftigen Widerstand, den sie nur nach hartnäckigen Gefechten und bedenkenden Verlusten zu überwinden im Stande waren. Bei Avigliano fand ein solcher Zusammenstoß statt, in welchem die Königlichen zurückgedrängt wurden, bei Barile nahm man eine kleine Bande fast ganz gefangen, und in einem Gefechte bei Venosa wurde diese Stadt zum Theil ein Raub der Flammen. Die Hauptmasse der Bourbonisten hatte nach diesen Gefechten ihrer vorgeschobenen Posten keine Lust, sich von der vereinigten feindlichen Macht in Messi einschließen zu lassen. Und räumte deshalb mittsammt der provisorischen Regierung, an deren Sizile Aquilechia und Collabellia stehen, diesen Ort, in welchen die Sardinier, ohne einen Schutz zu ihm, einzogen. Obgleich das Nest leer gefunden wurde, so nahm man doch etwa 50 Verhaftungen an denjenigen Bürgern vor, welche sich während der Besetzung der Stadt von den Königlichen diesen günstig gezeigt hatten. Wohin sich das aus Kavallerie und Infanterie bestehende Freicorps nach der Räumung Messi's gewendet hat, ist noch nicht bekannt, doch scheint es später noch zu einem sehr ernstlichen Zusammenstoß gekommen zu sein, über welchen hier auch eine Depesche bei der Stathalterschaft anlangte, die aber nicht veröffentlicht wurde.

(Allg. 3.)

Frankreich.

Paris, 27. April. [Der kurbessisch-französische Serviteur-Krieg. — Herr v. Baumbach erlangt einen glänzenden Sieg. — Darmstadt hat capituliert.] Der kurbessische Geschäftsträger, Herr v. Baumbach, hat — nachdem er, wie Sie wissen, vom Kaiser in feierlicher Abschieds-Audienz empfangen worden war — vor einigen Tagen Paris verlassen, und sein Nachfolger, der Herr v. Trott, wird erwartet. Dass der Kaiser auf seine wunderliche Forderung, der Kurfürst möge seine offiziellen Briefe an ihn mit Serviteur unterzeichnen, endlich verzichtet habe, ist Ihnen von mir schon mitgetheilt worden, und ich bin jetzt in der Lage, Sie mit den Einzelheiten dieses Etiquettenstreites bekannt zu machen. Man muß vor allen Dingen wissen, daß unmittelbar nach der Thronbesteigung des Kaisers dessen damaliger Gesandt in Kassel, Hr. Serrurier, mit demselben Hrn. v. Baumbach, der damals Minister des Auswärtigen war, die offizielle Etiquette geregelt hat, welche künftig zwischen den beiden Höfen zur Anwendung kommen sollte, und daß in dieser Übereinkunft von dem „Serviteur“ gar keine Rede war. Nichtsdestoweniger rückte der Hof der Tuilerien pflöglich mit seiner Forderung heraus, und zwar bei Gelegenheit der Antwort des Kurfürsten auf eine französische Notifikation, wenn ich nicht irre, der Notifikation von dem Ableben des Prinzen Jerome; die Einwendungen des seitdem zum Bevollmächtigten in Paris ernannten Hrn. v. Baumbach wurden mit der kategorischen Erklärung zurückgewiesen, daß die Regierung die Concessions des Hrn. Serrurier desavouire. Da der Kurfürst dies höchst sonderbar fand, und seinerseits der Kaiser auf dem Serviteur bestand, so konnte Herr v. Baumbach das erwähnte Antwortschreiben nicht an seine Adresse bringen. Die Sache blieb in der Schwere; als aber späterhin Herr v. Baumbach nach Berlin versetzt wurde und in seinem Abberufungs-Schreiben, wie sich von selber versteht, der Serviteur abermals fehlte, der Kaiser jedoch ohne denselben das Schreiben nicht entgegennehmen wollte, da begannen die Unterhandlungen, welche drei Monate lang dauerten, in denen aber denn doch Kurhessen das letzte Wort behielt. Herr v. Baumbach, der ein eben so energischer als geistreicher Mann ist, wollte nichts überstürzen; als er jedoch sah, daß seine Vorstellungen kein Gehör finden sollten, schrieb er dem Herrn Thouvenel, daß er ohne Abschieds-Audienz abreisen, und daß seine Regierung den Vorgang mit allen seinen Details zur Offenlichkeit bringen würde. Der Kaiser mochte den übeln Eindruck, den die Geschichte in Deutschland hervorbringen müsse, gefürchtet haben, und er ließ daher dem Kurfürsten folgenden Mittelweg vorschlagen: Der Kurfürst solle ihm in einem eigenhändigen Schreiben den Wunsch ausdrücken, daß die Differenz zwischen ihren beiden Ministern als geschlichtet betrachtet werde, der Kaiser mache sich anheischig, ihm in demselben Sinne zu antworten, doch aber müsse der Kurfürst dieses sein Schreiben mit Serviteur unterzeichnen. In Zukunft könne dann diese Unterzeichnung wegfallen. Herr v. Baumbach erwiderte auf diesen Vorschlag, daß sein Souverän nur die erste Hälfte dieses Vorschlages annehmen könne. Der Kurfürst wolle zwar, in Folge der Einladung des Kaisers, gleichsam den ersten Schritt zur Verständigung thun und den Wunsch einer solchen Verständigung in einem Briefe an den Kaiser ausdrücken, er weigere sich aber auf das Entscheidende, diesen Brief mit „Serviteur“ zu unterzeichnen. Dieser Erklärung gegenüber blieb dem Hofe der Tuilerien nichts übrig, als in der Haupthalle nachzugeben, oder zu erfahren, daß die kurbessische Regierung die Unterhandlungen an die große Glocke bringen werde. Er zog Ersteres vor, der Kurfürst schrieb (ohne „Serviteur“), der Kaiser antwortete — und damit ist die Sache abgethan. In einer ähnlichen Weise war dieser Etiquettenstreit zwischen Napoleon und dem Großherzog von Hessen-Darmstadt erledigt worden; doch aber hatte sich der Letztere leider dazu herbeigefallen, das Verständigungsschreiben an den Kaiser noch mit „Serviteur“ zu unterzeichnen.

(N. Pr. 3.)

Großbritannien.

London, 27. April. [Die Depesche Lord J. Russells an Sir J. Hudson,] welche die Note des Grafen Gavour vom 16ten März hervorrief, lautet:

Sir! Ich habe keine amtliche Notiz von den mir durch Sie überfernden Decreten genommen, welche Neapel, Sizilien, Umbrien und die Marche nicht Sardinien, sondern dem „italienischen Staate“ einverleiben. Auch legt Ihrer Majestät Regierung auf die in jenen Königreichen und Provinzen vermittelst des allgemeinen Stimmrechtes vorgenommenen Abstimmungen in der That wenig Wert. Die Abstimmungen waren nichts als eine Formlichkeit, die auf Handlungen des Volksstaandes, oder auf eine glückliche Invasion, oder auf Verträge folgte, und man braucht aus ihnen an und für sich durchaus nicht auf eine unabhängige Ausübung des Willens der Nation, in deren Namen sie erfolgten, zu schließen. Sollte jedoch der wohlmeintige Alt der Vertreter der verschiedenen italienischen Staaten, welche am 18. Februar

zusammenkommen wollen, diese Staaten als einen einzigen Staat in Form einer konstitutionellen Monarchie constituien, so entsteht eine neue Frage. Wenn Ihrer Majestät die Bildung dieses Staates angezeigt ist, so wird hoffentlich die Regierung des Königs bereit sein, zu zeigen, daß die neue Monarchie in Folge der wohlmeintigen Wünsche des italienischen Volkes errichtet worden ist, und daß sie alle Eigenschaften einer Regierung besitzt, welche entdeclossen ist, die Ordnung im Innern und Beziehungen des Friedens und der Freundschaft nach außen hin aufrecht zu erhalten. Die Verbündtheit der verschiedenen Staaten Europas gegen einander, die Gültigkeit der Verträge, welche die Gebietsbegrenzung jedes Staates feststellen, und die Pflicht, sich freundlich gegen alle Nachbarn zu verhalten, mit denen man sich nicht im Kriege befindet, — das sind die allgemeinen Bande, welche die Nationen Europas mit einander verknüpfen, und den Argwohn, das Misstrauen und die Zweitacht verhindern, welche sonst den Frieden Alles dessen berauben könnten, was ihm Glück und Sicherheit verleiht. Nicht ohne Absicht habe ich diese allgemeinen Bewerthe gemacht. Ich brauche hier meine Depesche vom 31. August des vorigen Jahres nicht zu wiederholen; aber die darin ausgedrückten Gefühle befehlen noch fortwährend Ihrer Majestät Regierung. Nach den Wirren der letzten Jahr hat Europa das Recht, zu erwarten, daß das orientalische Königreich nicht eine neue Quelle der Zweitacht und der Besorgnisse werde. Sie können diese Depesche dem Grafen Gavour vorlesen und ihm, wenn er es wünscht, eine Abschrift davon hinterlassen.

Ich bin ic.

J. Russell.

Dem Parlamente sind die auf die Vertagung des ionischen Parlaments bezüglichen Aktenstücke vorgelegt worden. Der Lord Ober-Commissioner meldet wiederholt, daß allenfalls Ruhe herrsche und daß, nach Allem, was er bisher in Erfahrung gebracht habe, die Vertagung ebenso nothwendig wie klug gewesen sei.

Nußland.

Von der polnischen Grenze, 23. April. [Zustände.]

Alle öffentlichen Berichte aus Warschau und dem Innern Polens sind ungenau und unverlässlich, die Wahrheit erfährt man nur von unparteiischen Reisenden. So viel ist indessen gewiß, daß im ganzen Land jetzt ein strenges Militärregiment herrscht, und daß die geringste Widerlichkeit auf das härteste geahndet wird. Die Bestrafung ist daher auch allgemein, und ein verhaltener Grimm das Einzige, was von den großen Errungenschaften bis zum 8. d. übrig geblieben ist. Es ist jetzt nur zu klar, daß die Nachgiebigkeit Gortschakoffs lediglich in der unzureichenden russischen Besatzung in Polen ihren Grund gehabt hat, denn es sollen effectiv zu Anfang dieses Monats nur 15,000 Mann in Polen dislocirt gewesen sein; auch jetzt schätzt man die Zahl der vorhandenen Truppen nicht über 50,000 Mann, doch rücken noch neue Regimenter ein, so daß die Regierung überzeugt ist, jedem Aufstandsversuch jetzt gewachsen zu sein. Leider haben an sehr viel Orten kleine Pusche stattgefunden, die keine andern Folgen gehabt haben als daß die polnischen Festungen mit Gefangenen angefüllt sind. Die wichtigste Folge der polnischen Erhebung dürfte die sein, daß das Misstrauen des Kaisers Alexander gegen Frankreich bedeutend zugenommen hat, und in eben dem Grade die Abneigung gegen Österreich geschwunden ist. Der Monarch soll fest entschlossen sein, keinen Volksaufstand in Ungarn aufkommen zu lassen, sondern im Nothfall seine Truppen sofort in Galizien einrücken zu lassen. Die Polen halten bereits an der Überzeugung fest, daß jede neue Schilderhebung eine sofortige Allianz zwischen Russland, Österreich und Preußen zur Folge haben werde. Die verheissen russischen Reformen sind zwar nicht zurückgenommen, und werden auch nicht zurückgenommen werden, dafür aber auch für lange Zeit noch nicht zur Ausführung kommen, sondern ihren Platz lediglich auf dem Papier be halten. Im ganzen Königreich herrscht die größte Noth; aller Verkehr stockt, da aller Credit verschwunden ist, und die Lebensmittel haben eine kaum erschwingliche Höhe erreicht. Der Unmut wächst mit jedem Tage, und es ist nicht zu leugnen, daß es gelungen, dem niedern Volke an vielen Orten den Glauben beizubringen, daß der Adel allein an dem Unglück des Landes Schuld sei. Das mag bei uns der Dauer des Friedens nicht traut, geht daraus hervor, daß gar keine Beurlaubungen beim Militär mehr stattfinden. Unsere ganze Garnison besteht jetzt aus deutschen Truppen, und von sämtlichen Regimentern, die zur Zeit im Großherzogthum Posen garnisoniren, ist nur ein einziges, das 4. polnische Infanterie-Regiment (Nr. 59), das seinen Einsatzbezirk innerhalb der Provinz hat. — Der „Diennik“ bringt heute eine lange und scharfe Erwiderung der katholischen Geistlichkeit in Warschau auf die Anrede des Grafen Bieloyolski an dieselbe. Einige Stimmen halten sie für apokryph, und meinen, daß Niemand in Polen jetzt so zu sprechen wagen würde.

(Allg. 3.)

Dänemark.

[Rundschreiben der dänischen Regierung.] Wie wir hören, hat die dänische Regierung ein Rundschreiben an die Mächte gerichtet, in welchem sie dem Wesen nach die in ihrer am Bundesstage abgegebenen Erklärung enthaltene Darlegung der letzten Verhandlungen mit den Ständen und ihrer dadurch bedingten Haltung mit dem Beifügen recapitulirt, daß sie damit in ihrem Entgegenkommen gegen die Forderungen des Bundes sowohl als gegen die Rathsäume Europas die Grenzen des überhaupt Möglichen erreicht zu haben glaube und die Verantwortlichkeit für die etwaigen Folgen gänzlich von sich abwählen müsse.

(B- u. G.-3.)

Spanien.

Madrid, 27. April. Die Königin wird Seebäder in Santander nehmen und dann eine Rundreise durch die baskischen Provinzen machen.

[Der Verkauf der geistlichen Güter in Spanien.] nach den Desamortisations-Gesetzen, hat in seinen Resultaten alle Erwartungen überboten; denn derselbe ergab, statt 500 Millionen Franken, nicht weniger als eine Milliarde. Einschwellen hat man die Anlage eines großen Hafens und Arsenalen in Cartagena beschlossen, dann die Erweiterung des Hafens von Ferrol in Biscaya.

Afrika.

Kairo, 15. April. Der französische Generalkonsul und Agent für Egypten hat die Flagge gestrichen, das Wappenschild eingezogen und wollte Egypten verlassen, weil Said Pascha „schlechte Wize“ über denselben gemacht haben soll. Es muß etwas Wahres an dieser dem Herrn Generalkonsul von guten oder schlechten Freunden hinterbrachten Geschichte sein, denn Se. Hoheit hat förmliche Abbitte geleistet, wie wir aus guter Quelle wissen; der französische Agent ist somit auf seinen Posten zurückgekehrt. — Der Prinz Mustapha Pascha, ehemaliger Thronfolger, geht Anfangs Mai nach Europa, um seinen Sohn in Paris erziehen zu lassen.

(N. Pr. 3.)

Amerika.

Newyork, 14. April. Eine Depesche aus Montgomery vom 12ten d. Mts. meldet: Eine ungeheure Volksmenge brachte dem Präsidenten Davis und dem Kriegs-Sekretär Walker heute Abends vor dem Börsen-Hotel ein Ständchen. Jener befand sich nicht wohl und erschien nicht. Sekretär Walker jedoch zeigte sich dem Volke und lehnte es ab, eine Rede zu halten. Doch meldete er in ein paar Worten voll zündender Beredsamkeit die Nachricht von Fort Sumter und erklärte zum Schlusse, in ein paar Stunden werde die Flagge des südlichen Bundes über der Festung wehen. Niemand, bemerkte er, vermöge zu sagen, wo der heute begonnene Krieg enden werde; so viel aber wolle er prophezeien, daß die heute hier im Winde flatternde Fahne vor dem 1. Mai auf der Kuppel des alten Capitols zu Washington wehen werde.

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 1. Mai. [Tagesbericht.]

=a= So eben ist der 22te Jahresbericht über die Wirksamkeit der schlesischen Blinden-Unterrichts-Anstalt im Jahre 1860 ausgegeben worden. Während des Jahres waren in der Anstalt 72 Blödlinge, am Schlusse verlieben 52 Blödlinge (28 evangelische, 23 katholische, 1 jüdische). — Nach der am 30. Juni v. J. abgehaltenen Prüfung wurden 14 Blödlinge entlassen. Dreizehn derselben wurden mit den zu ihrem künftigen Erwerbe nothwendigen Werkzeugen, im Werthe von zusammen 65 Thlr. ausgestattet. Durch Se. Excellenz den Herrn Oberpräsidenten erhielt der zu den obern, Typhus-Waisen gehörende A. Hanner eine Unterstützung von 12 Thlr. zu einer noch vollständigeren Ausstattung. Sieben aus der Anstalt entlassene Blödlinge, welche das Lesen der Blindenschrift erlernt hatten, wurde das Evangelium Matthäi in Hochdruck aus der Druckerei der Stuttgarter Bibelfabrik als Geschenk mitgegeben. Zwei andere der entlassenen Blödlinge haben kurz vor ihrem Abgang die Prüfung bei der hiesigen Seiler-Innung bestanden und sind als Gesellen losgeprochen worden. Außer den bezeichneten Blödlingen schieden noch 5 aus der Anstalt. Der Gesundheitszustand der Blödlinge war im Allgemeinen befriedigend. Herrn Dr. Biol., sowie dem Alerb.-Hospital ist die Anstalt zu großem Dank verpflichtet. — Der Erweiterungsbau der Anstalt ist im Herbst vorigen Jahres im Außen vollendet worden; der innere Ausbau soll im Laufe dieses Jahres erfolgen. Die Provinzialstände haben hierzu nicht allein 2000 Thlr., sondern auch für jedes der nächsten 2 Jahre 1000 Thlr. Verpflegungsgelder und außerdem 63 Thlr. Kleidergelder bewilligt, damit für diese zwei Jahre 9 Blinde als ständige Kreisblödlinge Aufnahme und Ausbildung finden können. — Angefertigt wurden: 19 1/2 D. Ellen Luchdecken, 875 1/2 D. Ellen Strüdchen, 121 Paar Bänderbüche, 775 Stück Stuhlsitz, 6 Stück Kinderstühle, 6 Stück Windelbänder, 1 Nachtlinse, 18 St. Schals, 2 Stück Spiken, 3 Paar Hosenträger, 52 Stück Körbe à 1 Schtl., 12 Stück Körbe à 1/2 Schtl., 28 Stück Körbe à 1/4 Schtl., 367 Stück Körbe à 1/8 Schtl., 50 Stück Strohsäckchen, 12 Säcken Zwirn, 9 Strähn Garn, 111 Säk lange schwache Stride, 141 Säk turze schwache Stride, 176 Säk Ansäffer, 25 1/2 Säk Kälberstride, 16 1/2 Säk Baumstride, 40 1/2 Säk Lenstride, 21 Stück Waschlein, 12 Stück Kupfel, 3 Schod Stuhlgurte, 19 1/2 Schod Fensterfimus, 13 1/2 Schod Peitschenschnur, 406 Pfund Bindfaden, 47 Stück Rege, 348 Stück Packlein, 11 1/2 Schod Gartenschnur. — Außer diesen Arbeiten hat Herr Strumpf-Fabrikant Fromberg noch 537 Paar wollene Socken von den weibl. Blödlingen in der Anstalt anfertigen lassen. Von diesen und den aus den Vorjahren zurückgebliebenen Sachen wurden für 794 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf. verkauft, wovon die Blödlinge als Anteil 183 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. erhielten. — Bei der Hauptfasse betrug die Geamitt-Ginnahme 22,082 Thlr. 1 Sgr. 6 Pf., die Ausgabe 18,208 Thlr. 6 Sgr. 11 Pf., wonach ein Baarbestand von 3773 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf. verblieb. Die Ginnahme bei den Fonds zur Unterstiftung entlassener Blödlinge betrug 209 Thlr. 22 Sgr. 2 Pf. und die Ausgabe ebensoviel. Die Ginnahme bei dem Pensions-Fonds betrug 283 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf., die Ausgabe 280 Thlr. 17 Sgr. 4 Pf., wonach ein Baarbestand von 3 Thlr. 11 Sgr. 9 Pf. verblieb. Das Geamitt-Bermögen bei der Hauptfasse betrug 62,750 Thlr. 26 Sgr. 6 Pf., des Fonds für Unterstiftung der Blödlinge 2150 Thlr. und des Pensionsfonds 1232 Thlr. 21 Sgr. 11 Pf. Das gesammte Vermögen hat sich um 1659 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf. vermehrt; hierzu tritt nun noch das Anstalt-Gebäude.

* Bei der am 29. April stattgehabten Zusammenkunft der hiesigen Mitglieder des National-Vereins wurde bekanntlich für Vereinszwecke eine Sammlung veranstaltet, deren Ertrag sich auf 35 Thlr. 10 Sgr. belief. Wegen Ernennung eines Vertreters des Nat.-Vereins für unsere Stadt sind in Coburg bereits Schritte geschehen. Zur Anmeldung neuer Mitglieder sollen in öffentlichen Lokalen Listen ausgelegt werden.

— Gestern Abend um 8 Uhr fand bei Rogall eine Zusammenkunft der von der Versammlung am Freitag bei Liebig gewählten Vertrauensmänner beufis Bildung einer Beamtenressource statt. Man debattirte zunächst darüber: ob es überhaupt zeitgemäß sei, eine exclusive Gesellschaft zu schaffen? Man verneinte die Frage. Weiterhin wurde sogar die Lebensfähigkeit der neuen Ressource in Abrede gestellt und so beschloß man durch Stimmenmehrheit, das Projekt der Gründung einer Beamten-Ressource überhaupt fallen zu lassen. Ein weiterer Antrag, einen neuen Verein aus verschiedenartigen Elementen zu bilden, fand ebenfalls bei der Majorität keine Zustimmung, weil ein Bedürfnis dazu für hiesige Stadt, wo bereits 4 größere Ressourcen bestehen, nicht nahezuweisbar war.

* Am gestrigen Abende fand die monatliche Versammlung des „Vereins für das schlesische Alterthümer-Museum“ statt. Nach Vorlegung mehrerer Gesetze für das Museum hielt der Conservator den Dr. Luchs, im Anschluß an seinen früheren über den romanischen Styl, einen Vortrag über den sog. gothischen Styl, mit besonderer Beziehung auf Schleifen, und erläuterte denselben durch eine Reihe von Kupferstafeln, Gründrisse und Abbildungen in farbiger Ausführung. Sodann brachte Dr. Drösser die Frage zur Sprache, wie bei Aufstellung heidnischer Grabstätten zu verfahren sei. Allgemein anerkannt ward, daß bis jetzt dabei nichts weniger als rationell verfahren worden, da Zusatz allein gewaltet, und die Aufmerksamkeit im besten Falle nur auf Vergung der vorsätzlichen Objekte, nicht auf das Wesentliche, die Feststellung des Situationsplanes, gerichtet gewesen ist. Beschreibungen in letzterer Richtung finden sich nur eine bei Büding und eine andeutende bei Mosch. Mehrere Mittheilungen hierauf bezüglicher Art, sowie Vorschläge zur Interessirung geeigneter Personenkeiten (Geistliche, Lehrer, Wirthschaftsbeamte) wurden gethan, und Mojd's Mittheilungen über die schles. Steinalterthümer der kritischen Beachtung empfohlen. In nächster Zeit gedekt eine kleine Gesellschaft von Mitgliedern und Alterthumsfreunden sich zur geordneten Aufstellung eines heidnischen Grabs anzuschauen. — Die vorgelegten Gaben für das Museum waren u. A. ein feingeschlägtes „Brattutu“ aus Mitte des 18. Jahrhunderts, Geschenk von Fräulein Klein, übermittelt durch den Hrn. Hauptm. Kämpe; mehrere sehr wohlerhaltene Bronze-Geräte aus Gräbtälern, von Hrn. Thielich in Hirrlberg durch Hrn. Bildhauer Dehmel; eine Photographie des früher vorgezeigten räthselhaften bronzenen Wagengestelles. Auf die Frage nach den angeblichen Statuen Heinr. VI. von Breslau und Joann von Böhmen im hiesigen Rathause, ward erwidert, daß man die Wappenhäuser im rathäuslichen Biblioth-Zimmer irrtümlich dafür angelehnen habe. Hr. Oelsner zeigt eine Steuerrolle über Grundgabden an die Elisabethkirche (Pergament, 15. oder 14. Jahrh.) und ein Halbguldenstück der Maria Theresia als Herzogin von Auschwitz und Bator vor.

=bb= Die Freiheit der Diebe grenzt mitunter fast an's Unglaubliche. So wurde am vergangenen Sonntag in der Mittagszeit, zwischen 11—1 Uhr, in einem lebhaften Schanklokal auf der Neuen Junktstraße, eine in der zweiten Stube hängende kleine schwarzwalber Wanduhr entwendet, welche eben nicht gewöhnlichen, sondern meist anständigen Gästen die Zeit verkündete. Die Freiheit des Diebes ist in der That bemerkenswert, da der Diebstahl in Mitte vieler Gäste ausgeführt wurde. Da vorliegender Fall nicht isolirt dasteht, hat man sich bereits in sofern warnen lassen, die Uhren in öffentlichen Lokalen an die Kette zu legen. Hoffentlich gelingt es, einen dieser frechen Vorschriften zu erwischen und ihn die lehrreiche Erfahrung machen zu lassen, daß, wenn auch diejenigen, welche die „Zeit stehlen“, ungetraut bleiben, doch derartige Liebhabe nach Aneignung der „Zeitmesser“ eine derbe Abndung zur Folge hat.

—* [Raub anfall.] Vergangenen Montag in der dritten Nachmittagsstunde ward die Frau eines hiesigen Einwohners von einem frechen Überfall betroffen. Als dieselbe nämlich bei einem Spaziergange nach Cavallonen den einfachen Fußpfad längs der alten Oder passirte, stürzte aus dem nahen Gebüsch ein Kerl mit gekrümmtem Messer auf sie zu, und verlangte ihr das Geld ab, indem er behauptete, daß sie 15 Thaler bei sich haben müsse. Dann war er die Geängstigte zu Boden, riß ihr unter rohen Mißhandlungen die Kleider auf und durchsuchte ihre Taschen, in denen er jedoch nur einen kleinen Betrag fand. Schließlich stieß er die vor Schrecken fast bewußtlose Frau in das Wasser, aus dem sie sich erst nach seiner Entfernung empurrte, um ihren Weg fortzuziehen. Die Gemüthshandlung muß in Folge des bis jetzt noch nicht weiter aufgesuchten Vorfalls das Bett hüten. Möchte es unseren Sicherheits- Behörden gelingen, des frechen Räubers habhaft zu werden.

= Gestern Morgen ereignete sich der traurige Fall, daß ein Arbeiter beim Abladen von Holzstämmen von einem herabrollenden Stamm zu Boden geworfen wurde. Da selbiger sehr über Rüdenhärte klage, wurde er sofort in das Kloster der barmherzigen Brüder getragen, wo sich denn ergab, daß die Wirbelsäule gebrochen war. Derelbe ist verheirathet und Vater von 3 Kindern.

—* Entgegen der aus dem „Liegner Stadtbl.“ entlehnten Notiz (Nr. 191 d. Btg.) erhalten wir heute aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung, daß der beim Rangieren eines Zuges verunglückte Arbeiter aus Nienburg, Namens Wuttke, leider an den Folgen seiner Verlebungen bereits gestorben ist.

=x= Großer Jubel herrschte am 29. April in Fraustadt (Großherzogthum Posen), indem von Liegnitz (aus der Kollekte des Herrn Schwarz) die Nachricht dorthin gelangt war, daß der zweite Hauptgewinn von 100,000 Thlrn. auf das Los Nr. 16,255 gefallen sei, dies Los aber durch den Unter-Collecteur Herrn Döschläger an Einwohner von Fraustadt vergeben ist. Die Theilnehmer an diesem Gewinne sind, wie verlautet, außer einer Anzahl von Eisenbahnen, befamten, besonders Gewerbe- und Handeltreibende. (Also diesmal keine Haushalte!)

* Herr und Frau Dr. Damrosch traten in den beiden letzten Concerten der fürstl. Hofkapelle in Löwenberg auf und hatten die Ehre, in einer Privatsoirée Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern mitzuwirken.

† Glogau, 1. Mai. Die Herbstmanöver der hiesigen 9. Division sollen in diesem Jahre bei Freistadt stattfinden, und als Uebungsplatz die Umgegend von Herzbergsdorf auszurichten sein. Die Übungen der 9. Kavallerie-Brigade, zu welcher das 1. schles. Dragoner-Regiment Nr. 4, das posener Ulanen-Regiment Nr. 10 und das westpreuß. Kürassier-Regiment Nr. 5 gehören, finden bei Kolbsdorf im Kreise Freistadt statt. Das hiesige 5. Pionnier-Bataillon soll Ende dieses Monats nach Schweidnitz aussortieren, um dasselbst in Vereinigung mit drei anderen Pionnier-Bataillonen eine großartige Uebung im Minz- und Breitbach-Dienst abzuhalten. — Im Laufe dieses Monats wird man auch hier für 6 Pf. und 1 Sgr. ein Glas Soda- und Seltzerwasser trinken können. Es wird nämlich hierorts eine Trinkanstalt eingerichtet, und zwar in einem Geschäftslökle am Paradeplatz, woselbst ein Apotheker ein Droguengeschäft, verbunden mit einer Soda- und Seltzerwasser-Trinkhalle, eröffnen wird. — Am Montag begannen die Sitzungen der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode unter dem Vorsitz des Kreisgerichts-Direktors Laube aus Guhrau; dieselben werden 14 Tage dauern. — Der seit gestern begonnene Jahrmarkt ist von Verkäufern sehr schwach besucht, aber dennoch scheinen diese schlechte Geschäfte zu machen, woran wohl hauptsächlich das schlechte Wetter, das wir seit acht Tagen haben, Schuld sein mag. — Nach einer heute erlassenen Bekanntmachung des Kaufm. Germershausen jun. ist die diesem gehörige Gasanstalt in den Besitz des ehemaligen Rechtsanwalts Heitemeyer übergegangen und wird derselbe das Geschäft für eigene Rechnung fortführen.

○ Guttentag, 30. April. In dem benachbarten Dorfe Charlottenhof, zur Herrschaft Gjasnau gehörig, ist gestern die Magd Marie (bei dem Auszügler Caspar Mierawski) auf dem Stallboden tot und fast kleiderlos gefunden worden. Es wird vermutet, daß dieselbe erstickt ist, was aber wiederum bezweifelt wird. Die Leichenschau ist erfolgt und die Sache dem Gericht übergeben worden.

Notizen aus der Provinz.] * Hirschberg. Am 28. April eröffnete die Meinhardt'sche Operngesellschaft ihre Vorstellungen mit „Bar und Zimmermann“.

† Jauer. Am 27. v. M. wurde Hrn. v. Holtei eine Adresse, mit mehr als 100 Unterschriften versehen, überreicht, in welcher derselbe gebeten wird, auch Jauer zu besuchen. Hrn. v. Holtei hat dieselbe mit großer Freude aufgenommen und seinen Besuch in kürzester Zeit zugesagt.

△ Liegnitz. Bekanntlich waren einige Bewerber um das Prorektorat der hiesigen ev. Stadtschule zu Abhaltung von Probelektionen designiert worden. Einer derselben zog seine Bewerbung zurück. Am 25. v. M. schritt man zur Wahl, deren Ergebnis war, daß sich 6 Stimmen für den Herrn Rector Arndt in Beuthen O.S. und die 6 andern Stimmen für den Herrn Rector Reihe in Wohlau erklärten. In einer der nächsten Sitzungen des Magistrats wird wohl die Stimme des Magistrats-Direktors den Ausschlag geben. — Auf Kommunal-Kosten sind 20 Abbildungen des Luther-Denkmales angekauft worden. Diese sind nun in diesen Tagen von Seiten des Magistrates dem Rector der hiesigen evangelischen Stadtschule, Hrn. Gruber, mit der Weisung zugefertigt worden, dieselben an fleißige Schüler der Anstalt als Prämien zu verteilen. — Unsere Spinnräder erreut sich eines ansehnlichen Wachstums. Im laufenden Jahre stieg die Zahl der dort beschäftigten Kinder bereits bis auf 97 Köpfe, 63 Knaben und 34 Mädchen. Dieselben spinnen, nach Geschlechtern gesondert, in 2 Sälen, und zwar Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Nachmittags von 3—7, und Mittwoch und Sonnabend Nachmittags von 1—7 Uhr Abends. Die im Gebrauch befindlichen Spinnräder sind theils in schlesischer, theils in westfälischer Manier gebaut. Die Arbeiten der Kinder werden unter der Aufsicht und Leitung eines erfahrenen Spinnmeisters und dessen Frau verrichtet. Die Leistungen der hier zusammenkommenden Kleinen dürfen, sowohl in quantitativer, wie qualitativer Beziehung, bereits als recht befriedigend bezeichnet werden. Wir haben Garne, gesponnen von 11jährigen Kindern, gesehen, die sich durch seltene Feinheit und Sauberkeit auszeichnen. Einzelne Schüler besitzen bereits die Fertigkeit, mit beiden Händen, mittelst eines Doppelrades, zu spinnen, und sollen demnach die gewandtesten im Stande sein, bis 15 Strähne guter Arbeit monatlich zu liefern. Die Belohnung erhalten die Kinder durch Verabreichung eines täglichen Besperbrotes und monatlich durch Auszahlung eines verhältnismäßigen Geldbetrages. Das zusammengesponnen Garn wird alljährlich, nach 3 Qualitäten gesondert, versteigert. Damit die Knaben auch nebenbei eine angemessene körperliche Ausbildung genießen, hat das Curatorium im Hof der Anstalt einen dem Alter der Kinder entsprechenden Turnapparat aufstellen lassen und die Bestimmung getroffen, daß unter der Leitung eines hierzu befähigten Unterrichters von der hiesigen Garnison Mittwoch und Sonnabend in den Nachmittagsstunden geturnt werde. Mittwoch, den 1. Mai, wird dieser Unterricht beginnen.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.
— Lissa, 30. April. [Tagesnotizen.] Gestern brannten in dem Nachbarstädtchen Schwebtau zwei Wirtschaften nebst Stallungen und Scheunen nieder. — Theaterdirektor Schermann gab gestern Abend zum Festen der durch Brand beschädigten Schwebtau eine Vorstellung, die wegen des andauernden schlechten Wetters und der allzu großen Entfernung des Theater-Lokales vom Mittelpunkte der Stadt, leider weniger stark besucht gewesen, als zu erwarten und zu wünschen gewesen. — Während der vorigen Woche revierte der Regierungsrath Hizigkath vom Provinzial-Steuerr-Direktorium in Posen die Bureaus des hiesigen Haupt-Steueraamtes, und fand, wie zu erwarten gewesen, Alles in der besten und angemessenen Ordnung. — Am Donnerstag inspizierte der Regierungsrath Dr. Meßring die hiesige 5-klassige jüdische Stadtschule und erklärte seine volle Zufriedenheit über die Leistungen und den Besuch der Anstalt. Demnächst

konferierte derselbe mit dem Vorstande derselben beüfs Erledigung einer Beschwerde, welche von den betreffenden Lehrern wegen Überfordering im Amte bei königlichen hohen Ministerium anhängig gemacht worden. — Die Feier des 8ten posener Lehrer-Gejagfestes soll nach vierjähriger Unterbrechung während der Erntefesten dieses Jahres in unserer Nachbarstadt Schmiegel stattfinden. Der zeitige Vorstand hat jedoch die Abhaltung des Festes von dem Umfang der Theilnahme abhängig gemacht, deren Zusicherung vorerst noch gewärtigt wird. — Durch die Verezung des Hrn. Kreissekretär Schröder von Guhrau nach Schweißnitz, hat ersterer Ort einen seiner wackeren und beliebtesten Beamten verloren, der sich insbesondere auch durch Gründung und Förderung des dortigen Gefangenvereins wohlanerkannte Verdiente erworben hat. — Die andauernd ungünstigen Witterungsverhältnisse fangen allmälig an unsere hiesigen Landwirthe ernstlich besorgt zu machen. Durch die strengen Nachfröste haben die Winterungen, insbesondere die Dellaaten, erheblichen Schaden gelitten und die Befestigung der Sommerungen ist empfindlich unterbrochen worden. Während der letzten 14 Tage haben wir fast fortwährend bei empfindlich kalten West- und Nordwest-Winden, Schnee, Hagel und Regen, zu denen sich heute in der vierten Nachmittagsstunde noch ein ziemlich starles Gewitter gesellte.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

SS [Der schlesische Schafzüchter-Verein] tagte am 29. d. M. zum drittenmale im Hotel zur goldenen Gans. Vor der Tagesordnung erledigte der Vorsitzende, Graf Bethusy-Huc, die ihm obliegenden geschäftlichen Mitteilungen. Leider seien die Bemühungen des Vorstandes bei der Schaffau in Herrnsstadt, die sich zu einem wahren Feste gestaltet, die Abhaltung der nächsten Schaffau in Breslau zu ermöglichen, erfolglos geblieben. Freiwillig sei es, daß zwei Mitglieder, die Herren v. Heimb auf Neudorf, und Bolmann auf Jasten, bereits den Anfang gemacht haben, nach § 2 der Statuten Erklärungen über die Gesundheit ihrer Herden beim Vorstande abzugeben, und sich somit der Vereinskontrolle zu unterwerfen. Wegen des Abschlusses an den landwirthschaftlichen Central-Verein hat der Vorsitzende mit dem Vorstande derselben mündliche Unterhandlungen gepflogen. Die näher erörterten Modalitäten wurden seitens der Versammlung genehmigt. Zugleich stellte der Redner dem anwesenden Herrn Geh. Rath v. Görz wiederholst den wärmsten Dank ab für die bisherige Unterstützung der Vereinsbestrebungen und bat um ferner Erhaltung seiner einflussreichen Teilnahme, wobei er in der Versammlung die lebhafteste Zustimmung fand. Jerner erwähnte der Vorsitzende, daß die Rechnungen vorschriftsmäßig gelegt und in bester Ordnung befinden seien. Von der Verlesung des s. 8. in der „Schles. Landw. B.“ abgebrüten sehr ausführlichen Protolls wurde Abstand genommen. Zur Tagesordnung übergehend, forderte der Vorsitzende zur statutenmäßigen Neuwahl des Vorstandes auf. Graf Bethusy selbst erklärte eine Wiederwahl, wegen geschwächten Augenlichts, nicht annehmen zu können, empfahl dagegen in eindringlichen Worten die Wiederwahl des zeitigen Secretärs Herrn Janke, dessen große Mühsalwahrungen für den Verein, wie namentlich seine Thätigkeit in der Eigenschaft als Redacteur der „Landw. Btg.“ anuerkennen seien. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurden gewählt: Graf Saurma zum ersten Vorsitzenden mit 14, und Herr Director Lieb zu dessen Stellvertreter mit 14, und Herr Rath Janke zum Secretär mit 26 Stimmen (einheitlich). Nachdem die Gewählten sich zur Annahme bereit erklärt hatten, wurden die Bedingungen für die demnächst hier abzuhandelnde Viehsschau berathen. In der von der Commission unterbreiteten Vorlage sind mehrfache, nicht unverständliche Bestimmungen durch Beschluss der Versammlung geändert. So ist als Eröffnungstermin statt des 5. der 3. Juni angenommen, wonach die Verathung der Jury schon auf den 2. Juni fällt. Rücksichtlich der in der Prüfungs-Commission zu vertretenden verschiedenen Kategorien von Interessenten wurde die Modifikation beschlossen, statt des Ausdrucks „zwei Fabrikanten“ lieber „zwei Wollfäßer“ zu sagen, wodurch auch die Wollhändler zu der wünschenswerthen Beteiligung herangezogen würden. Nach Vorschlag des Hrn. v. Görz sollen nur die Anmeldungen bis zum 15., und die Einführungen bis zum 30. Mai erfolgen. Auch wurde der Kostenbeitrag auf Vorschlag des Hrn. v. Görz von 2 Thlr. auf 1 Thlr. ermäßigt. Ein anderer Vorschlag, die Kosten durch Erhebung eines Entrees von 5 Sgr. pro Person aufzubringen, ward abgelehnt. Der Secretär ist ermächtigt, Anmeldungen und Beiträge in Empfang zu nehmen. Herr v. Görz bemerkte, daß die Lotale zur Ausstellung durch Vermittelung des Centralvereins unentgeltlich gewährt werden dürfen. Jeder Einzender von Bießen kann dieselben gegen Rückgabe der Empfangsberechtigung zurückzuhalten. Bieße, die bis zum 18. Juni nicht abgeholt sind, sollen dem Verein als Eigentum verfallen. Für die Art der Urtheilung durch die Jury entschied man sich in einer sehr eingehenden Discussion dahin: Jeder Einzender hat ein verschlossenes Couvert, äußerlich mit einem Motto versehen, dagegen innen den Namen enthaltend, seinen Bießen beizufügen. Erst nach geschehener Urtheilung werden die Couverts beüfs Feststellung und eventuelle Bekanntmachung der Namen eröffnet. Die Namen der Prämierten werden unter allen Umständen mit dem Bericht der Jury in den Zeitungen publicirt, während den übrigen Ausstellern die Nennung angegeben wird. Auf Vorschlag des Hrn. Niemann ward noch beschlossen, die Bieße in ausgebreittem Zustande auszustellen. Wie im vorigen Jahre, so ward auch diesmal der landwirthschaftliche Central-Verein, nachdem derselbe durch seinen Vertreter, Herrn Geh. Rath v. Görz, seine Bereitwilligkeit erklärt hatte, ersucht, die Ausstellung ins Leben zu rufen, und über die Arrangements dabei mit dem General-Secretär des Schafzüchter-Vereins, als von dem letzteren dazu abgeordnet, das Weitere veranlassen zu wollen. Über die Frage: „Welche Maßnahmen sind zu treffen, um den Stand der schlesischen Herden in Betreff der Gesundheit klar und unzweifelhaft hinzustellen?“ entspann sich eine äußerst anregende Discussion, wobei der Commissionsvorschlag, die Schäfer zur Anzeige der in den Herden der betreffenden Mitglieder vorkommenden Träberfälle an die Vereins-Commission eidiich zu verpflichten, von einer Seite als zu rigors und unausführbar vorgesehen. Einer derselben zog seine Bewerbung zurück. Am 25. v. M. schritt man zur Wahl, deren Ergebnis war, daß sich 6 Stimmen für den Herrn Rector Arndt in Beuthen O.S. und die 6 andern Stimmen für den Herrn Rector Reihe in Wohlau erklärten. In einer der nächsten Sitzungen des Magistrats wird wohl die Stimme des Magistrats-Direktors den Ausschlag geben. — Auf Kommunal-Kosten sind 20 Abbildungen des Luther-Denkmales angekauft worden. Diese sind nun in diesen Tagen von Seiten des Magistrates dem Rector der hiesigen evangelischen Stadtschule, Hrn. Gruber, mit der Weisung zugefertigt worden, dieselben an fleißige Schüler der Anstalt als Prämien zu verteilen. — Unsere Spinnräder erreut sich eines ansehnlichen Wachstums. Im laufenden Jahre stieg die Zahl der dort beschäftigten Kinder bereits bis auf 97 Köpfe, 63 Knaben und 34 Mädchen. Dieselben spinnen, nach Geschlechtern gesondert, in 2 Sälen, und zwar Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag Nachmittags von 3—7, und Mittwoch und Sonnabend Nachmittags von 1—7 Uhr Abends. Die im Gebrauch befindlichen Spinnräder sind theils in schlesischer, theils in westfälischer Manier gebaut. Die Arbeiten der Kinder werden unter der Aufsicht und Leitung eines erfahrenen Spinnmeisters und dessen Frau verrichtet. Die Leistungen der hier zusammenkommenden Kleinen dürfen, sowohl in quantitativer, wie qualitativer Beziehung, bereits als recht befriedigend bezeichnet werden. Wir haben Garne, gesponnen von 11jährigen Kindern, gesehen, die sich durch seltene Feinheit und Sauberkeit auszeichnen. Einzelne Schüler besitzen bereits die Fertigkeit, mit beiden Händen, mittelst eines Doppelrades, zu spinnen, und sollen demnach die gewandtesten im Stande sein, bis 15 Strähne guter Arbeit monatlich zu liefern. Die Belohnung erhalten die Kinder durch Verabreichung eines täglichen Besperbrotes und monatlich durch Auszahlung eines verhältnismäßigen Geldbetrages. Das zusammengesponnen Garn wird alljährlich, nach 3 Qualitäten gesondert, versteigert. Damit die Knaben auch nebenbei eine angemessene körperliche Ausbildung genießen, hat das Curatorium im Hof der Anstalt einen dem Alter der Kinder entsprechenden Turnapparat aufstellen lassen und die Bestimmung getroffen, daß unter der Leitung eines hierzu befähigten Unterrichters von der hiesigen Garnison Mittwoch und Sonnabend in den Nachmittagsstunden geturnt werde. Mittwoch, den 1. Mai, wird dieser Unterricht beginnen.

* [Zucker-Bericht vom 30. April.] Nachdem in den ersten Tagen der vorigen Woche das Resultat der Berathungen der in Berlin tagenden Boll-Conferenz bekannt wurde, nahm endlich die bisher im Zucker-Geschäft geübte Stille ein Ende und machte einer größeren Lebhaftigkeit Platz. Wenn auch die Ratifikationen der Bollvereins-Regierungen, über die getroffene Uebereinkunft, noch zu erwarten, so glaubte man doch daran nicht zweifeln und hoffen zu dürfen, daß sich in diesem Falle wohl Absatzwege nach andern Staaten finden werden.

Diese Vorausselegungen führten zu nicht unbedeutenden Umsätzen, namentlich in gemahlenem Zucker und Farin, die wohl circa 2000 Centner erreichen dürften und eine Preiserhöhung von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{4}$ Thlr. zur Folge hatten. Brot-Zucker wurde bisher von der Steigerung weniger berührt und blieben Verkäufe darin befristet. Notiren können wir heute: Raffinade 17% bis 17½ Thlr., Melis 15½—16½ Thlr., ord. weiß. Farin 14½ Thlr., mittel und fein weiß 15—15½ Thlr., gelb 12%—13% Thlr., braun 10% bis 11½ Thlr.

Wir bemerken noch schließlich, daß die Rückhol-Vergütung auf Rücken-Rohzucker nicht mit 2%, sondern mit 2½ Thlr. angenommen worden ist und von allen übrigen Zucker-Märkten ebenfalls große Umsätze und gleich höhere Preise gemeldet werden.

Bon Stettin durch das Ober-Schiffahrt-Comptoir beladen passirten:

Glogau: Rub. Schwarz von Ecken 28. April nach Breslau.
F. Maude von Schwaben 29. " " "
Aug. Meyerhold von Koenig 29. " " "
Heinr. Karlsruhe von Döhrenfurth 30. " " "
Carl Karlsruhe von Althof 30. " " "
Friedr. Brunn von Koenig 30. " " "
Aug. Hippauf von Auras 30. " " "
Aug. Bräuer von Malisch 29. " " "
Gottl. Pfizner von Neusalz 30. " " "
V. Henning von Steinau 30. " " "
Obr. Kuh von Cossen 30. " " "
Aug. Hahn von Tschirzig 30. " " "

Breslau. Ober-Schiffahrt-Comptoir. Oswald Geisler.

Berlin, 30. April. [Wollbericht.] Im Laufe dieses Monats sind hier gegen 8000 Ctr. Wollen aller Art für Kamm und Tuch zu den jetzt gangbaren reduzierten Preisen an deutsche Fabrikanten und Kammgarnspinner verlost worden, hauptsächlich russische Rückenwäsche und medlenburger

Vieh, da in unseren eigenen Wollen mit Ausnahme von sehr seltenen Wollen Alles geradelt ist. Das Ausland hält sich sehr zurück, und scheint die neue Schur abwarten zu wollen; wie sich alsdann die Preise stellen werden, läßt sich bei den so gespannten politischen Verhältnissen kaum vorher bestimmen, höher als jetzt jedoch schwerlich. (B. B. B.)

† Breslau, 1. Mai. [Börse.] Das Geschäft war in Spekulations-Effekten sehr befristet, in Fonds jedoch bei lebhafter Nachfrage und bessern Courses ziemlich belebt. National-Anleihe 51½—51%, Credit 54½—55%, wiener Währung 67%—68% gehandelt. Von Eisenbahn-Aktien wurde Endiges in Freiburgern von 97—97½ gehandelt.

Breslau, 1. Mai. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (pr. 2000 Pfund) niedriger; pr. Mai und Mai-Juni 48—47½ Thlr. bezahlt und Br. Juni-Juli 48½—48 Thlr. bezahlt und Br. Juli-August 48—48 Thlr. bezahlt und Br.

Rübbel flauer; gefündigt 350 Ctr.; loco 11½ Thlr. Br. pr. Mai und Mai-Juni 11½ Thlr. Br. Juni-Juli 11½ Thlr. Br. September-Oktober 11½ Thlr. bezahlt, 11½ Thlr. Br.

Kartoffel-Spiritus matter; gefünd. 102,000 Quart; loco 19½ Thlr. Br. pr. Mai und Mai-Juni 19—18½—19 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 19½ bis 19¾ Thlr. bezahlt, Juli-August 19½ Thlr. Br.

Bink ohne Umfah. Die Börsen-Commission.

Wasserstand. Breslau, 1. Mai. Oberpegel: 13 f. 9 g. Unterpegel: 2 f. 8 g.

Vorträge und Vereine.

— [Schlesische Gesellschaft. — Juristische Section.] Am 17. April hielt Herr Appellations-Court-Rath v. Wittek seinen angelindigen Vortrag über den Passage-Vertrag mit Berücksichtigung der Verhandlungen der Commission zur Verathung eines allgemeinen deutschen Handelsgelehrbuchs. Davor ausgehend, daß die Rechtsverhältnisse der Reisenden bisher in den Gesetzgebungen nur wenig, in der Wissenschaft aber fast gar nicht beachtet worden sind, wurde die Aufgabe der Commission in Betref des Passage-Vertrages festgestellt, und demnächst — jedoch mit Auschluß der Förderung von Reisenden auf Post- und Auswanderungsschiffen, und der Verstrickung der Schiffe zu

